

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentüpfereien und Glasereien, in Puffer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Postgeld)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Baugewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.
Arbeitsmarkt die dreispaltige Kleinzeile 3 M.,
Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 A.

Die Eisenbarone gegen die Arbeiterschaft und gegen den Staat.

Ein neuer gewaltiger Ruhrkampf.

Im größten Industriegebiet Europas herrscht eifrige Ruhe. Der Besucher dieser gewaltigsten Stätte der Arbeit fühlt sich in die Zeit des Ruhrkampfes von 1923 zurückversetzt, wo ebenfalls die gewaltigen Zyklopen ihre stählernen Glieder ruhen ließen, die Feuer der Hochöfen gelöscht waren und aus den Essen nur spärlicher Rauch stieg. Vor 5 Jahren standen Arbeiter und Unternehmer zusammen, um sich gegen das zugefügte Unrecht eines Kriegsgegners gemeinsam zu wehren. Vielleicht war es eine falsche Front, und es wird für ewig unumstritten bleiben, daß die Arbeiter im Kampfe gegen den Gewaltstreich Poincarés mehr Idealismus zeigten, als die, deren Werte schließlich gegen feindliche Invasionen geschützt werden sollten. Das Reich hat sich mehr als nobel gezeigt. Die Ruhrindustriellen haben nicht weniger als 715 Millionen Goldmark als Entschädigung für die Verluste im Ruhrkampf erhalten. Die Arbeiterschaft ist leer ausgegangen oder mit kleinen Unterstufungen abgefunden worden. Fünf Jahre sind seitdem verfloßen. Die damalige gemeinsame Front von Unternehmern und Arbeitern hat keineswegs zur Milderung der scharfen Gegensätze beigetragen, die gerade in diesem Revier herrschen.

Wie lagen und wie liegen die Verhältnisse?

Nach tagelangen Verhandlungen hat der Schlichter einen Schiedspruch gefällt, der eine geringfügige Lohn-erhöhung vorsah. Die Unternehmer lehnten diesen Schiedspruch ab. Das Reichsarbeitsministerium holte die Parteien nach Berlin und versuchte auf der Grundlage des Schiedspruches eine gütliche Regelung herbeizuführen. Die Unternehmer waren nicht zu einem Entgegenkommen zu bewegen. Daraufhin hat der Reichsarbeitsminister nach Fühlungnahme mit dem gesamten Ministerium den Spruch für verbindlich erklärt. Ein verbindlich erklärter Schiedspruch, von höchster Stelle ausgesprochen, ist rechtlich bindend. Für die Unternehmer ergab sich nun die Frage, ob sie den verbindlich erklärten Schiedspruch annehmen oder die Kündigungen großer Arbeitermassen wirksam werden lassen sollten. Sie haben sich für das letztere entschieden und die Betriebe geschlossen.

Ein Kampf gegen die Staatsautorität.

Damit begann ein Kampf, der in dieser Festigkeit noch nicht geführt wurde, und der sich in seiner ganzen Zielsetzung nicht allein gegen die Gewerkschaften, sondern auch gegen die Grundgedanken des Schlichtungswesens und gegen die Staatsautorität richtete. Wohl gaben die Unternehmer eine Erklärung ab, die dies zu bestritten versuchte. In der Erklärung hieß es unter anderem: „Wir kämpfen nicht gegen die Staatsautorität, wir kämpfen nicht gegen den Grundgedanken des Schlichtungswesens, wir kämpfen nicht gegen die Institution der Gewerkschaften. Vielmehr kämpfen wir in vollem Bewußtsein unserer Verantwortung gegenüber der deutschen Wirtschaft für die Aufrechterhaltung des Preisniveaus und der deutschen Exportfähigkeit, für die Rentabilität der Wirtschaft und damit für die Weiterführung unserer Betriebe.“ — In der Geschichte der sozialen Kämpfe dürfte gleichermaßen keine solche Verlogenheit vorgekommen sein. Hier wird zu bestritten versucht, was die westdeutschen Schwerindustriellen selbst seit langem angebroht haben und was die Späßen laut und deutlich von den Dächern pfliffen. Angeblich kämpfen sie für die Rentabilität der Wirtschaft, für die Aufrechterhaltung des Preisniveaus und der deutschen Exportfähigkeit. Nach

genauen Berechnungen erfordert die Lohnerhöhung eine Mehrausgabe von 17 Millionen Mark. Die Stilllegung der Werke verursacht in einem einzigen Tage mehr Unkosten, als die Lohnerhöhung eines ganzen Jahres ausmacht! Daß die Unternehmer für die Rentabilität kämpfen, wird von niemand bestritten. Rentabilität, möglichst hohe Profite, ist stets ihr Ziel, ja man kann sagen, das alleinige

des Industriegebietes zur Vernunft zu bringen sind. Weil sich der Kampf in allererster Linie gegen den Staat und seine Einrichtungen richtet, ist er zur Hauptsache ein politischer Kampf. Deshalb muß die Regierung gegen die Angreifer mit den allerstärksten Mitteln vorgehen. Tut sie das nicht, dann wird sie jedes Ansehen verlieren und der gegenwärtige Kampf wird nur ein Vorspiel noch härterer Kämpfe um die Staatsgewalt sein. Die Tatsache, daß es sich hier um eine Kampfmaßnahme gegen den Staat handelt, muß auch zu einer Revision der Entscheidung des Vorstandes der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung führen.

Der weitere Verlauf des Kampfes.

Das Entscheidende ist aber, wie die Dinge weiter ihren Verlauf nehmen. Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat nach einer Untersuchung der ganzen Angelegenheit erklärt, daß für die ausgeperrten Arbeiter ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nicht besteht. Es handelte sich darum, ob der Tatbestand des § 94 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vorliegt, der den Unterstufungsanspruch verneint, wenn es sich um eine Aussperrung als wirtschaftliche Kampfmaßnahme handelt. Der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung ist gegen die Stimmen der Arbeitgebervertreter abgelehnt worden. Der Vorstand der Reichsanstalt hat also eine Aussperrung als vorliegende erachtet. Wenn auch in dieser Hinsicht noch nicht das letzte Wort gesprochen ist, so steht doch fest, daß die ausgeperrten Arbeiter lediglich auf die gewerkschaftliche Unterstufung angewiesen sind. Nun liegen die Organisationsverhältnisse in der Eisenindustrie Westdeutschlands besonders schlecht. Kaum die Hälfte der Aussperrten dürfte organisiert sein. Diese nicht organisierten Arbeiter bilden somit für den Sieg der Arbeiter in diesem Kampfe eine sehr große Gefahr. Zwar werden die Unternehmer das Verlangen der unorganisierten Massen, die Betriebe zu öffnen, schon wegen der rechtlichen Konsequenzen nicht erfüllen. Dennoch wird die Gefechtslage durch das Vorhandensein eines so großen Teiles unorganisierter Arbeiter wesentlich verschoben. So oder so — jedenfalls müssen die Gemeindebehörden eingreifen, um die dringendste Not zu mildern. Daß das zum Zusammenbruch der Finanzen der Gemeinden führen kann, ist vorauszusetzen.

Die Lehre aus alledem.

Die Gewerkschaften haben einen solchen Kampf nicht zu bedauern. Wird doch dadurch selbst dem Lauesten deutlich zu Gemüte geführt, daß der soziale Kampf in Gegenwart und Zukunft ganze Männer erfordert. Die Hauptsache ist, daß dieser Kampf in Ruhe und Disziplin geführt wird. Die Kommunisten einerseits und die gelben Unternehmerverbände andererseits versuchen, bei dieser Gelegenheit ihr Schädliches ins Trockene zu bringen. Diese Spänen des Schlachtfeldes müssen mit aller Deutlichkeit vertrieben werden. Das Wetterleuchten im Westen Deutschlands muß für die Arbeiterschaft ein weithin leuchtendes Wahrzeichen sein, die gewerkschaftliche Organisation und ihre Einrichtungen zu stärken. Der Kampf an der Ruhr ist mehr als ein bloßer Arbeitskonflikt. Er ist ein Teil der grundsätzlichen Auseinandersetzung des reaktionären Unternehmertums mit der republikanischen Staatsgewalt und dem wirtschaftspolitischen Einfluß der Arbeiterklasse! Diesen Kampf siegreich bis zu Ende zu führen, ist die Arbeiterschaft nur in der Lage, wenn sie ohne Verzug ihre organisatorische Kraft vervielfältigt.

Zaudert nicht!

Zaudert nicht! Das Leben winkt!
Dollt Ihr denn verzagen?
Nein, Ihr müßt jetzt unbedingt
Kämpfen und nicht klagen!

Ganz gewiß: Der Deg ist feinig,
Doch hier hilft kein Befehl!
Müßig müssen wir und einig
In die Kampfbahn treten!

Gilt's doch einem großen Ziele:
Sich dem Kampf zu weihen,
Der aus schwerem Sklavenjoch
Alle soll befreien!

Frei soll jede Arbeit werden,
Ehre sein und Aufst!
Froh soll atmen hier auf Erden
Jede Menschenbrust!

Dieses Ziel gilt's zu erwingen!
Vorwärts! Zaudert nicht!
Sagt uns mutvoll vorwärts dringen,
Bis die Rette bricht!

Bis für alle hier auf Erden
Menschentum erblüht,
Und nach Knechtschaft und Beschwerden
Freiheitssonne glüht!

Easfo.

Ziel der Hüttenindustrie gewesen. Die Aufrechterhaltung des Preisniveaus! Was ist mit dieser hohen Phrase gemeint? Gemeint ist damit, daß ohne Lohn-erhöhung die gegenwärtige Höhe der Eisenpreise erhalten bleibt, andererseits aber eine Erhöhung der Eisenpreise und damit ein Druck auf das gesamte Preisgebäude eintreten müßte. Von Fachleuten und auch vom Reichsarbeitsminister ist die Tragbarkeit der ausgesprochenen Lohnerhöhung anerkannt worden. Der Prozeß der Rationalisierung und die Umstellung der Betriebe sind noch nicht völlig zur Auswirkung gekommen. Es besteht die Hoffnung, daß die verhältnismäßig geringe Mehrausgabe entweder sofort oder in verhältnismäßig kurzer Zeit eingepart werden kann. Die Argumente der Unternehmer sind nur leere Ausreden und Phrasen. In Wirklichkeit hat das reaktionäre Scharfmachertum Deutschlands hier eine besonders rücksichtslose Gruppe ins Treffen geführt, um das verhasste Schlichtungswesen zu befeitigen und die Staatsautorität zu untergraben. Wissen sie doch, daß sie bei einem Siege für alle Zukunft im Vorteil sind.

Die staatliche Gewalt muß sich Achtung verschaffen. Die staatliche Gewalt kann an diesen Dingen nicht achtlos vorübergehen. Sowohl der Reichstag als auch der preußische Landtag werden sich mit dem Konflikt zu beschäftigen haben. Hilfsmaßnahmen müssen in Aussicht genommen werden, damit die Arbeiterschaft Westdeutschlands nicht zur Verzweiflung oder zum Verhungern gebracht wird. Darüber hinaus muß aber von den Regierungen und den Parlamenten die Frage geprüft werden, wie die wildgewordenen Scharfmacher

Der „moderne“ Unternehmer.

Den nachstehenden Aufsatz entnehmen wir einem bürgerlichen Blatt, der „Magdeburger Zeitung“. Der Verfasser, Herr Dr. Platan, sagt darin manches Zurechtens über das Treiben der Syndikate in den Unternehmerrangierungen. Da der Aufsatz für ein gutbürgerliches Blatt geschrieben, ist er um so bemerkenswerter. Auch unsere Kollegen mögen ihn lesen.

Wenn man unbefangenen die Entwicklung in den letzten Jahren beobachtet, so hat man den Eindruck, als ob die Gestalt des deutschen Unternehmers eine Wandlung erfahre, die nicht immer zu seinem Vorteil ist. Der Unternehmer soll kein Verwaltungsmann sein. Er soll ein Mann sein, der etwas riskiert und etwas wagt und der auf seine Verantwortung hin die industrielle oder kaufmännische Entwicklung weiterzuführen sucht. Aber da ist zunächst die sozialpolitische Entwicklung der letzten Zeit, die hier manchmal bremsend wirkt. Wir haben eine Schichtungsordnung, eine Arbeitszeitordnung, die alle diese Hemmschube darstellen. Nun wollen wir bei weitem nicht dafür eintreten, daß der Typ des sogenannten „Herr-im-Hause“ wieder auflebe, der den Arbeiter nur als „Material“ betrachtet, und der aller sozialen Regungen bar ist. Aber ebenso wenig dürfen die sozialen Bestimmungen den Erfordernissen des industriellen und kaufmännischen Lebens so mißbrachten, daß sie die Initiative des einzelnen Unternehmers hindern.

Größer noch scheint die Gefahr, die dem wagemutigen und etwas riskierenden Unternehmer aus seinen eigenen Reihen droht. Die Organisationsform der deutschen Industrie in Kartellen und Trusts ist, die recht unliebsame Erscheinungen mit sich bringt. Niemand wird die Vorteile verkennen, die die Kartelle in mancher Hinsicht für die Reorganisation der Betriebe, für die Beschaffung von Kapital, für die Preisgestaltung und für noch andere Dinge bieten, aber niemand auch kann die Gefahr übersehen, die sie den einzelnen Unternehmern immer mehr in den Hintergrund drängen gegenüber der Organisation, die meistens repräsentiert wird durch den Typ des Syndikats. Sobald der Syndikat die Organisation beherrscht, dann werden Tagungen, Beschlüsse, Entschlüsse und Erklärungen gefaßt, die die Presse geschildert, die in der Öffentlichkeit, gegen die sie wird protestiert gegen die hohen Steuern, gegen die sozialen Lasten, gegen hunderte Dinge zum hundertsten Male. Wenn irgendeine Industrieführer ihre Meinung über praktische Dinge veröffentlichen würden, dann würde das sicher weithin interessieren. Aber was normalerweise die Öffentlichkeit erfährt, oder was der Presse zugemutet wird, der Öffentlichkeit mitzuteilen, das sind vielfach gar nicht die Meinungen der Industriellen, das sind vielmehr die — meist auch noch politisch gefärbten und abgestempelten — Meinungen der Syndikate. Die Gefahr, die hier besteht, ist, daß der Unternehmer sich gar nicht mehr die Mühe nimmt, sich über die wichtigsten Dinge seiner täglichen Praxis eine eigene Meinung zu bilden. Er bekommt ja alles für sich und eigene Meinung. Die Organisation, das heißt der Syndikat, hat eine Meinung, und ohne daß der Unternehmer es merkt, hat sie schließlich auch seine eigene Überzeugung in der allgemeinen Meinungsansicht der Syndikate unter. Was uns fehlt, das sind Persönlichkeiten, die stark genug sind, sich hiergegen zur Wehr zu setzen.

Man sagt, daß England, die Heimat des ausgesprochenen Individualismus und des eigenwilligen Unternehmers, jetzt auch die moderne Entwicklung mitmachen müsse. Auch in England bilden sich jetzt den deutschen ähnliche Organisationsformen, Kartelle und Vereinigungen aller Art. Es wäre aber vollkommen verkehrt, zu glauben, daß das starke Selbstbewußtsein des englischen Unternehmers jemals im gleichen Maße aufgehoben werden könnte wie in Deutschland. Augenblicklich haben unsere Organisationen vor der englischen Entwicklung in einer gewissen Vorprägung, weil die moderne Technik, die moderne Industrie andere Ansprüche stellt als die Zeit, die die englische Industrie großgemacht hat. Aber man soll sich keinen Täuschungen darüber hingeben, daß dies immer so bleiben werde. Denn die Organisation als solche schafft nichts. Es ist nur der energische Wille der Persönlichkeit in ihr, die neue Gedanken und neue Entwicklung erzeugt. Bis zu einem gewissen Grade wird man in England die deutschen Organisationsformen übernehmen, aber der englische Unternehmer wird doch immer ein Mann bleiben, der „Ich“ groß schreibt.

Es ist schwierig, den tieferen Ursachen der deutschen Entwicklung nachzugehen. Warum gibt es in der deutschen Industrie und in der deutschen Kaufmannschaft so viele Organisationen und so wenig Männer? Warum wird die Persönlichkeit mehr und mehr gegenüber der festen Form einer Vereinigung oder eines Kartells zurückgedrängt? Auf dem letzten deutschen Danktag, der im September in Köln abgehalten wurde, freifte auch Jakob Goldschmidt in seinem ausgezeichneten Vortrag diese Frage, und an einer Stelle seiner Rede führte er aus: „Ich sehe oftmals unter dem Eindruck, als ob unser ganzes neuzeitliches Erziehungswesen zu wenig von dem Geiste unserer Zeit erfährt und zu stark lediglich davon beeinflusst ist, jeden heranwachsenden Staatsbürger auf eine — objektiv vielfach hochliegende — Durchschnittsstufe der Ausbildung zu bringen, statt Wissen und Charakterbildung frühzeitig auf die großen Ereignisse der modernen Praxis einzustellen.“ Das scheint uns den Nagel auf den Kopf zu treffen. Tatsächlich wird in unsern Schulen das, was man als Charakterbildung bezeichnen könnte, außerordentlich vernachlässigt. In England aber wird gerade hierauf ein großer Wert gelegt, und die große Zahl eigenwilliger, energischer, und doch allen Anforderungen des praktischen Lebens genügender Männer jenseits des Kanals ist nicht zum mindesten auf diese in der Kindheit gelegte Grundlage zurückzuführen. Hier muß bei uns manches geändert werden. Deswegen werden wir die Schulbildung genießen. Aber etwas mehr Erziehung zu Selbstbewußtsein ist notwendig. Nebenbei: Selbstbewußtsein heißt nicht Überheblichkeit, nicht Unerschütterlichkeit, sondern Selbstbewußtsein verlangt ebenso Anerkennung dieser Eigenschaften bei anderen, also Einbürgerung in den sozialen Organismus. Diejenigen freilich, die jetzt schon als Unternehmer tätig sind,

werden kaum noch von solchem Zielwandel der Erziehung profitieren. Sie müssen sich selbst erziehen. Was sie tun können, ist: energisch alles ablehnen, was die Freiheit des Unternehmers und seine Initiative einzuschränken vermag, und alles fördern, was dem Aufbau und der Verbesserung der Wirtschaft dient und dem wirklichen sozialen Frieden.

Vermehrung der Unfallgefahr durch die Rationalisierung.

Neun Zehntel der Bevölkerung leben von beruflicher Arbeit, sei es nun Hand- oder Kopfarbeit. Da die Bestrebungen der Unternehmer darauf hinauslaufen, auch die Kopfarbeiter im Wege der Rationalisierung einheitlichen Bedingungen zu unterwerfen, sei jederzeit erkennbar zu machen durch Mechanisierung ihrer Arbeit, bei Kopfarbeit beispielsweise Rechenarbeit durch Maschinen zu ersetzen, so sind die Arbeitsbedingungen für die Gesundheit des ganzen Volkes von der allergrößten Wichtigkeit. Die äußeren Arbeitsbedingungen, die Arbeitsräume sind seit dem Bestehen der Gewerbeaufsicht durch ihre Tätigkeit auf einen allgemein hohen Stand gebracht worden, und alle Mittel der modernen Technik und Naturwissenschaft, beispielsweise die Erforschung der besten Beleuchtungsbedingungen, großer Räume, werden angewendet, um die Arbeitsbedingungen schon in dieser Hinsicht immer mehr zu vervollständigen. Die Einrichtungen zur Abwägung von Staub kommen. Die Einrichtungen zur Abwägung von giftigen Gasen sind nun geübt. Der dafür erforderliche Aufwand ist volkwirtschaftlich produktiv und privatwirtschaftlich rentabel, weil natürlich die Arbeiter unter gesunden Arbeitsbedingungen arbeitsfreudiger und deshalb leistungsfähiger werden.

Wer sich einen tieferen Einblick in die verwinkelten Tatsachen der Entlohnungsmethoden verschafft, wird dabei gewisse Gesetzmäßigkeiten gefunden haben, die gerade für den Gesundheits- und Kulturzustand der arbeitenden Bevölkerung von großer Bedeutung sind. Ein die neuere Industrieentwicklung und Arbeiterbewegung durchziehendes Streben ist das nach Verkürzung der Arbeitszeit. Es hat den doppelten Grund, die Mühe der Arbeit, das Maß der Ermüdung zu vermindern und für die unter harten Kämpfen errungenen höheren Löhne, die vielfach durch die gleichzeitig einsetzende Verteuerung des Lebensunterhaltes nur nominal, nicht auch höhere Reallohne sind, das heißt, deren Kaufkraft hinter dem Geldebetrag zurückbleibt, eine vernünftige Verwendungsmöglichkeit zu verschaffen. Zugleich ergab sich dabei nach den Beobachtungen Abbes der Vorteil, daß bei der auf einen kürzeren Zeitraum zusammengebrachten Arbeit der Verleer der Arbeit vermindert und so der Ertrag der verdichteten Arbeit gesteigert wurde, so daß tatsächlich festgestellt werden konnte, daß die Arbeiter unter sonst gleichen Arbeitsbedingungen in einer wesentlich verkürzten Arbeitszeit mehr Erzeugnisse schufen als in der früheren längeren. Die Verkürzung der Arbeitszeit kommt eben doppelt in Rechnung: einmal als Verminderung der Anstrengung und Ermüdung und sodann als Vermehrung der Erholung und des Kraftausgleichs. Als Verfechter der Erholung und des Kraftausgleichs, als Professor Abbe hat die Geltung dieses naturwissenschaftlichen Gesetzes international für alle wichtigen Industrieländer nachgewiesen und es als physiologische Gleichung von Arbeit und Erholung formuliert.

Volkwirtschaftlich ist die Gesetzmäßigkeit beachtenswert, daß nach den Ausweisen der internationalen Lohnstatistiken hohe Löhne stets in Verbindung mit kurzer und niedere Löhne langen Arbeitszeiten vorzukommen pflegen. — Die deutsche Arbeiterkraft, die Zusammenbruch und Revolution, wie nach dem Worte Werner Sombarts keine war, erlebt hatte, die im Gebiet der Schwerindustrie durch die Hölle der Ruhrkämpfe gestritten war, war arbeitswilliger geworden denn je vorher. So konnten die Unternehmer mit aller Kraft an den Wiederaufbau der durch den Krieg und Reparationen verwüsteten Wirtschaft gehen, konnten in überraschend kurzer Zeit bei verhältnismäßig niedrigen Löhnen und hohen Preisen ihrer Erzeugnisse wieder Kapital ansammeln und die heruntergewirtschafteten Betriebe von Kriegs- auf Friedensarbeit umstellen und ganz neu aufbauen.

Die Rationalisierung der Betriebe wurde zum Schlagwort, das vom ganzen Volke aufgenommen wurde. Bei der Arbeitswilligkeit der Bevölkerung war sie trotz der Nachteile, die sie zweifellos für die arbeitende Bevölkerung mit sich brachte, unweigerlich durchzuführen. Durch die fließende Arbeit am laufenden Bande wurden Arbeitskräfte erspart und die Reservearmee der Arbeitslosen vermehrt. Was veranlaßte folgende kleine Tabelle, die wir dem neuesten Bericht des Gewerbeaufsichtsbeamten für den Schwerindustriellen Bezirk Düsseldorf entnehmen. Die Steigerung der Leistungen in der Großindustrie in den letzten Jahren lassen folgende Zahlen aus einem großen Werk dieses Bezirks erkennen:

Monatsdurchschnitt	Produktion in Tonnen	Arbeitszeit	Verfahrenstechniken
1925	79 914	85 612	11 620
1926	91 300	115 381	10 848
1927	116 362	162 100,6	10 671

Während also die Beschäftigtenstärke ständig um ein geringes gesunken ist, konnte die durchschnittliche Monatsproduktion erhöht werden um:

Von 1925 auf 1926	Von 1926 auf 1927
11 386	25 062
29 769	46 780

Vergleicht man die Zahlen von 1925 mit denen von 1927, so ergibt sich in diesem dreijährigen Zeitraum bei fortgesetzter Verminderung der Zahl der Arbeiter eine Steigerung der Erzeugung bei Rohstein auf das Eineinhalbfache und bei Rohisen sogar eine Verdoppelung. In einem Eisen- und Stahlwerk des Regierungsbezirks Arnberg stieg der Stundenlohn von 1913 bis 1927 von 43 auf 92,3 oder der Monatslohn von 134,20 auf 228,40. //, der Lohn je Tonne Rohstahl erhöhte sich aber nur von 14,43 auf 17,82 //, und die Erzeugung von Rohstahl stieg von 0,36 auf 0,514 Tonnen je Schicht oder monatlich von 0,298 auf

12,816 Tonnen. Die Erzeugung des Werkes stieg von 40 721 Tonnen Rohstein auf 61 430 Tonnen, und die von Rohstahl von 50 470 auf 77 446 Tonnen. Mit der drohenden Gefahr der Überproduktion als Folge der Erweiterung der Kapitalanlagen und der Rationalisierung haben wir uns hier nicht zu beschäftigen. Die Produktionssteigerung war von den Arbeitern aber sicher nicht ohne vermehrte Anstrengung und Ermüdung zu erreichen. Erhöhte Ermüdung vermehrt aber die Unfallgefahr, wie sich denn die Unfälle gegen Schluß des Arbeitstages und das Ende der Woche häufen. Man braucht sich daher nicht zu verwundern, daß nach Durchführung der Rationalisierung die Gewerbeaufsichtsbeamten eine starke Steigerung der Unfälle festgestellt haben. Es ist allerdings nicht möglich, genau anzugeben, wieviel von der Vermehrung der Zahl der Unfälle auf die Folgen der Rationalisierung kommt und wieviel auf die Tatsache, daß die Unfallmeldungen auch bei kleineren Unfällen, die früher vielfach unterblieben, jetzt gemacht werden, da die Berufsgeheimnisse die Anerkennung von Unfällen vielfach mit der Begründung ablehnen, die Unfälle seien sich nicht mehr nachprüfen. Die Rechtsprechung ist unternehmerfreundlich geworden, wie auch zu beobachten ist, daß sich die bürgerliche Presse viel weniger um die Anliegen der Arbeiter kümmert als vor dem Kriege, was man zu einem großen Teil als Folge der Rationalisierung erklären kann.

Leider ist die Berichterstattung der Gewerbeaufsichtsbeamten über die Betriebsunfälle nicht vollständig, auch entbehrt sie der Gleichmäßigkeit. Beachtenswert bleibt aber unter allen Umständen die ganz ungewöhnliche Steigerung der Zahl der gemeldeten Unfälle gegenüber dem Vorjahr, die sich selbst auf die schweren Unfälle mit tödlichem Ausgang erstreckt. Wir geben im folgenden die Unfallzahlen der einzelnen Gewerbeaufsichtsbezirke für das Jahr 1927 wieder, so weit diese 6000 überschreiten und die Zunahme gegen das Vorjahr in Klammern. An der Spitze marschiert Berlin mit 88 600 (Zunahme 34 666), es folgen Arnberg mit 37 536 (15 222), Düsseldorf 55 561 (14 833), Merseburg 21 003 (8499), Breslau 15 785 (5417), Köln 15 306 (4699), Potsdam 13 300 (4800), Magdeburg 10 940 (2855), Wiesbaden 10 240 (1104), Provinz Oberschlesien 10 181 (2902), Liegnitz 8 747 (3556), Frankfurt 8 420 (1798), Kassel 6 805 (1939), Aachen 6 695 (1563), und Osnabrück-Aurich 6 670 (1447). Aber auch in den Bezirken mit geringer Unfallzahl ist beispielsweise die Steigerung gegenüber dem Vorjahre sehr beträchtlich, so in Hildesheim bei 4331 Unfällen eine Steigerung gegenüber dem Vorjahre um 1138, Münster 4462 (1791), Erfurt 4610 (1474). Die niedrigsten Zahlen weisen aus Trier 1350 (261), Rösslin 1433 (830), Westpreußen 1262 (528) und Grenzmark Posen-Westpreußen 409 (136). Für die Bezirke Schleswig und Hannover fehlen die Nachrichten. Die Zahl der tödlichen Unfälle (die Zunahme oder Abnahme mit einem Minuszeichen ist in Klammern angegeben) betrug im Jahre 1927 in Düsseldorf 203 (14), Arnberg 178 (65), Berlin 107 (10), Merseburg 86 (34), Liegnitz 48 (14), Wiesbaden 48 (3), Köln 46 (1), Provinz Oberschlesien 45 (10), Koblenz 44 (13), Breslau 39 (— 8), Hildesheim 38 (14), Magdeburg 37 (3), Osnabrück-Aurich 36 (— 3), Kassel 35 (10). Insgesamt betrug die Zahl der gemeldeten Unfälle 247 497 im Jahre 1926 und stieg im folgenden Berichtsjahr auf 360 651, vermehrte sich also um 113 154; die Unfälle mit tödlichem Ausgang vermehrten sich von 1082 auf 1262. Ihre Zahl vermehrte sich in den Bezirken, in denen sie zunahm, um 236 und verminderten sich in den Bezirken, in denen sie abnahm, um 56.

Wie wir sehen, sind es die Bezirke der Schwerindustrie, wie Arnberg, Düsseldorf, oder solche mit stark entwickeltem Großbetrieb, wie Berlin, Merseburg (Leunawerke), Magdeburg (Maschinenindustrie), Wiesbaden (elektrotechnische Industrie), Breslau (Waggonbau und Maschinenindustrie), Liegnitz (Eisenkonstruktion), Köln (Maschinenindustrie), in denen eine besonders starke Vermehrung in der Unfallgefahr eingetreten ist. Alle diese Bezirke sind auch an den tödlichen Unfällen und ihrer Vermehrung hervorragend beteiligt. Dazu kommen noch Oberschlesien (Eisenkonstruktion und Bergbau), Koblenz, Hildesheim, Osnabrück-Aurich, Kassel (Kohleindustrie). Man wird also wohl annehmen dürfen, daß ein beträchtlicher Teil der Zunahme der Unfälle und auch der schweren Unfälle auf die Rationalisierung der Großbetriebe zurückzuführen ist. In ihnen wird mit allem Nachdruck auf hohe Verzinsung des festgelegten Kapitals hingearbeitet, die zu diesem Zwecke durchgeführte Steigerung des Arbeitstempos, die bei verminderter Arbeiterzahl stark vermehrte Produktion hervorzubringen imstande war, wie wir an einem Beispiel gezeigt haben, hatte vermehrte Ermüdung der Arbeiter, geringere Spannkraft zur Vermeidung der Unfallgefahren und daher vermehrte Unfälle zur unabweichlichen Folge. Dazu kommen noch die Rückstellungen in stillen Reserven, aus denen die Betriebe ihre Maschinen-einrichtungen auf den neuesten Stand der Technik zu bringen imstande sind. Die starke Zunahme der Unfallzahlen schreibt aber das meiste Unheilshaus mit drohender Flammenchrift an die Wand des Fortschrittes der Technik und der Organisation.

Eine Vermehrung des Personals der Fabrikaufsichtsbeamten und stärkere Sicherung der Tätigkeit der Betriebsräte und Baubehörden ergibt sich aus diesen Zahlen als dringende Forderung. Auch das niedrige Strafmaß für Übertretungen der Unfallverhütungsvorschriften und anderer Arbeiterpflichtvorschriften, worüber in den Berichten immer und immer wieder zu lesen ist, ist zu beklagen. Große Schuld daran trägt die Tatsache, daß sich die Tagespresse dieser Dinge viel zu wenig annimmt und die juristische Fachpresse über die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten überhaupt nicht berichtet, obwohl eine regelmäßige Berichterstattung darüber für Richter und Staatsanwälte zur Aufklärung über die tatsächlichen gewerblichen Verhältnisse notwendig wäre. Die Selbsthilfe der Arbeitergewerkschaften gegen die vermehrte Unfallgefahr verdient, da die Arbeit unter dem Schutz der Reichsverfassung steht, besondere Unterstützung durch die Staatshilfe.

AUS DEM ARBEITSRECHT

Die Rechtslage bei der Aussperrung in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie.

In dem auch für ihn selbst unabweisbaren Gefühl der Unverantwortlichkeit dieser Aussperrung, für die keinerlei zwingende Gründe vorliegen, hat der Arbeitgeberverband der nordwestdeutschen Metallindustrie die Taktik eingeschlagen, sich hinter Rechtsfragen zu verstecken, um auf diese Weise der Öffentlichkeit gegenüber den allerdings hoffnungslosen Versuch zu unternehmen, seine Handlungsweise moralisch zu rechtfertigen. Demgegenüber stellen wir vorweg ganz eindeutig fest, daß es auf die Rechtslage in diesem großen Arbeitskamps nicht in erster Linie ankommt. Ausschlaggebend ist vielmehr allein die Tatsache, daß der materielle Inhalt des gefällten Schiedspruches dem Reichsarbeitsminister für die Verbindlichkeitsklärung vorgelegen hat. Der Reichsarbeitsminister hat diesen materiellen Inhalt des Schiedspruches aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen für angemessen und tragbar gehalten. Die Verbindlichkeitsklärung ist ausgesprochen worden. Neben dieser eindeutigen Tatsache spielen Rechtsfragen nur eine untergeordnete Rolle. Es kommt bei dem Schlichtungsverfahren nicht ausschlaggebend auf den Inhalt der Paragraphen, auf die Änderung oder Ausgestaltung der Paragraphen der Schlichtungsordnung an, sondern vor allem darauf, wie die Schlichtungssanktionen materiell entscheiden. In dem vorliegenden Streitfall hat der Reichsarbeitsminister die Verantwortung für den materiellen Inhalt des Schiedspruches gegenüber der deutschen Öffentlichkeit übernommen. Damit ist aber bereits die Rechtslage für die Öffentlichkeit, die Unternehmerverbände und die Gewerkschaften eindeutig erklärt, soweit man sich nicht nur auf rein formale Gründe stützen will.

Wenn daher von uns zu den von den Unternehmerverbänden vorgeschobenen Rechtsfragen Stellung genommen wird, so geschieht es also wahrhaftig nicht, weil wir glauben, daß auf diese Weise die Schwierigkeiten im Schlichtungsverfahren zu beheben sind. Wir wollen uns daher auch nicht eingehend über die generelle Rechtslage verbreiten; es genügt hierzu die kurze Feststellung, daß die Handlungsweise des Unternehmerverbandes Tarifbruch ist, so daß sowohl die von der Aussperrung betroffenen Gewerkschaften als auch die Arbeiter, soweit sie Gewerkschaftsmitglieder sind, Schadenersatzansprüche geltend machen können. In welcher Form das möglich ist, ist den Kreisen, die die hiernach zu treffenden Maßnahmen durchzuführen haben, genügend bekannt. Es handelt sich nicht um neue

Rechtsprobleme, sondern um Rechtsfragen, über die sich bereits eine herrschende Meinung gebildet hat. Das wissen auch die Unternehmervertreter, die die Urheber der Aussperrung sind, ganz genau.

Nachstehend beschäftigen wir uns deshalb nur noch kurz mit den drei „Rechtsgründen“, die die Unternehmer für die Ungültigkeit des Zwangsarrestes anführen: 1. Der Schiedspruch oder die Verbindlichkeitsklärung soll aus materiellen Gründen nichtig sein. — Das Reichsgericht sowie auch das Reichsarbeitsgericht haben bereits so oft entschieden, daß die Gerichte kein Recht haben, den materiellen Inhalt eines Schiedspruches nachzuprüfen, daß alle deutschen Juristen über diese „Rechtsfrage“ ganz genau unterrichtet sind. Ueber den materiellen Inhalt eines Schiedspruches entscheiden ausschließlich die Schlichtungssanktionen. Die Gerichte sind an derartige materielle Entscheidungen ohne weiteres gebunden. 2. Die Verbindlichkeitsklärung soll nichtig sein, weil der Schiedspruch allein mit der Stimme des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses gefällig worden ist. — Diese Möglichkeit ergibt sich ohne weiteres aus dem § 21 Absatz 5 der Ausführungsverordnung zur Schlichtungsverordnung vom Dezember 1923. Seit fünf Jahren ist sämtlichen Interessenten: Kreisen die Rechtslage ebenfalls genau bekannt. In Laufenden von Fällen ist es bereits zu Schiedsprüchen gekommen, die ebenfalls nur allein mit der Stimme des Vorsitzenden gefällig worden sind. In keinem der sehr zahlreichen Fälle ist bisher jemand auf den Gedanken gekommen, an der Rechtsgültigkeit der vorgenannten Gesetzesbestimmung zu zweifeln. Es blieb dem Arbeitgeberverband der nordwestdeutschen Metallindustrie vorbehalten, die Rechtmäßigkeit anzuzweifeln und ihre Auffassung zur Grundlage einer Aussperrung von mehreren hunderttausend Arbeitern zu machen. Dabei ist es diesem Unternehmerverband wiederum genau bekannt, daß Reichsgericht und Reichsarbeitsgericht in ständiger Rechtsprechung entschieden haben, die Gerichte sind nicht befugt, die Einhaltung der Verfahrensvorschriften einer Nachprüfung zu unterziehen. 3. Die Erhöhung der Akkordlöhne im Schiedspruch soll den Bestimmungen des weitergeführten Manteltarifvertrages widersprechen. — Die Feststellung, ob dies richtig ist oder nicht, mag durchaus Sache der Arbeitsgerichtsbehörden sein; denn hier liegt der einzige Fall vor, wo die Arbeitsgerichtsbehörden das Nachprüfungsrecht haben. Sie können feststellen, ob die Schlichtungssanktionen ihre gesetzliche Zuständigkeit überschritten haben. Wir bezweifeln, daß das der Fall ist, aber selbst wenn es der Fall wäre, würde es sich um folgendes handeln: Die Er-

höhung der Akkordlöhne beträgt 2 3/4. Das würde bei 48 Wochenstunden für den Arbeiter 96 3/4, bei 54 Wochenstunden für den Arbeiter 108 3/4 ausmachen. Selbst wenn die Unternehmer der Meinung wären, daß sie nicht verpflichtet sind, diese Beträge zu zahlen, wären sie ohne weiteres in der Lage, das den Arbeitern bei den Lohnzahlungen mitzuteilen. Die Arbeiter könnten dann die Arbeitsgerichtsbehörden anrufen damit sie entscheiden, wer im Recht ist. Auch die Verbände könnten diesen reinen Rechtsstreit um die Gültigkeit einer Bestimmung des Tarifvertrages friedlich vor dem Arbeitsgerichtsbehörden austragen. Aus einem derartigen Grunde eine Aussperrung von hunderttausenden Arbeitern vorzunehmen, ist in keiner Weise zu rechtfertigen. Zur Entscheidung solcher Streitigkeiten sind die Arbeitsgerichtsbehörden da, deren Urteil man in Ruhe abwarten kann. Deshalb wichtige Teile der deutschen Wirtschaft stillzulegen, ist im allerhöchsten Grade unverantwortlich.

Das ist die „Gesamtrechtslage“, auf die der Arbeitgeberverband der nordwestdeutschen Metallindustrie seine Aussperrung gründet. Sie ist eben so unhöflich wie die Einwände, daß die Betriebe die neuen Lohnerhöhungen wirtschaftlich nicht tragen können. Das Vorgehen dieses Unternehmerverbandes ist ein Spiel mit dem Feuer. Noch so viele Ausreden ändern daher nichts an der Tatsache, daß der Kampf zwar auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen wird, sich aber gegen die Staatsautorität richtet.

Für Fliesenleger gilt der Fliesenansehertarif auch dann, wenn sie von Fabrikbetrieben mit Fliesenansehern beschäftigt werden.

Ein Plattenleger war vom 31. Mai bis 2. August bei der Firma Georg Kahlmaier W.-G., Nürnberg, mit einem Stundenlohn von 1,60 M. beschäftigt. Er hatte in der Zeit vom 8. Juni bis 21. Juli für die Firma in Wschaffenburg gearbeitet, aber für diese Zeit keine Auslösung erhalten. Zunächst forderte er vor dem Arbeitsgericht Nürnberg, Kammer 5, unter Berufung auf den Tarifvertrag für das Plattenespalgergewerbe für jeden Tag drei Stundenlohn als Auslösung, also für 44 Tage 211,20 M. Die beklagte Firma beantragte kostenfällige Abweisung der Klage. Der Tarifvertrag für das Plattenespalgergewerbe komme für ihren Betrieb nicht in Frage; es gelte für ihren Betrieb vielmehr der Reichsarbeitsvertrag, der zwischen dem Bund der Betonwerke und den beteiligten Arbeitgeberverbänden abgeschlossen sei. Der Kläger sei hauptsächlich in Wschaffenburg, ganz kurze Zeit aber auch in Erlangen und Zürich tätig gewesen. In der Fabrik der Firma habe er nicht gearbeitet, obwohl man dies in Aussicht genommen habe. Er habe nur Fabrikate verlegt, die die Firma hergestellt habe. Es habe sich demnach um Montagearbeiten in der Fabrik hergestelltem Erzeugnisse gehandelt. — Die Firma wurde verurteilt, dem Plattenleger die 211,20 M. nachzuzahlen. (Pr. R. Nr. V 2218/1928.) Die Gründe des Arbeitsgerichts sind folgende: Der Reichsarbeitsvertrag für die Betonindustrie ist für das Arbeitsverhältnis der im Fabrikbetrieb der beklagten Firma tätigen Arbeiter maßgebend. Auf das Arbeitsverhältnis des Klägers, der mit dem Fabrikbetrieb der Beklagten nicht das mindeste zu tun hatte, ist er aber nicht anwendbar. Das Verlegen der Platten, mit dem der Kläger beschäftigt war, stellt keinen Teil des Produktionsprozesses dar, sondern ist ein Nebenbetrieb, der mit dem Fabrikbetrieb nur insofern im Zusammenhang steht, als er den Absatz der im Fabrikbetrieb hergestellten Erzeugnisse fördern soll. Der Produktionsprozess wird im Fabrikbetrieb reiflos abgeschlossen. Die Verlegung der Platten steht mit ihm in keinerlei Zusammenhang und kann ebensou durch eine andere Firma, der die Beklagte ihre Erzeugnisse verkauft, vorgenommen werden. Daß die Beklagte lediglich eigene Erzeugnisse verlegt, ändert hieran nichts. Für die hierbei anfallenden Arbeiten kann der Reichsarbeitsvertrag für die Betonindustrie keine Anwendung finden. Für das Arbeitsverhältnis des Klägers sind deshalb die für Verlegen von Platten geltenden tariflichen Bestimmungen maßgebend. Die Tatsache, daß die beklagte Firma nicht Mitglied eines an dem Zustandekommen des Tarifvertrages für das Plattenespalgergewerbe beteiligten Arbeitgeberverbandes ist und dieser Tarifvertrag auch nicht für allgemeinverbindlich erklärt ist, ist belanglos. Seine Bestimmungen sind örtlich und deshalb auch für das Arbeitsverhältnis des Klägers anzuwenden.

Aus der sozialen Bauwirtschaft

Bezirk	Juli 1927		Juli 1928		August 1928		August 1928	
	Zahl der an-ge-geh.-Beru-be	Wirt-schaft-l. Be-treuer	Zahl der an-ge-geh.-Beru-be	Wirt-schaft-l. Be-treuer	Zahl der an-ge-geh.-Beru-be	Wirt-schaft-l. Be-treuer	Zahl der an-ge-geh.-Beru-be	Wirt-schaft-l. Be-treuer
Offpreußen	12 51	914	11 46	1 343	12 48	902	11 46	1 253
Berlin	25 217	4 893	24 256	5 333	24 222	5 078	23 267	5 800
Schlesien	15 91	2 197	13 82	1 880	15 90	2 004	13 82	2 016
Mitteldeutschland	19 180	5 022	14 126	3 376	21 175	4 902	14 129	3 687
Nord	25 110	1 842	24 111	2 018	24 124	2 127	24 110	2 010
Nordwest	17 41	1 178	17 50	1 266	17 45	1 300	17 50	1 295
Rheinland-Westfalen	13 108	1 814	12 93	1 892	13 106	1 803	12 94	2 190
Hessen	7 49	1 353	7 44	1 057	7 51	1 447	7 44	1 036
Südwest	17 123	2 957	14 87	2 132	18 119	2 979	13 88	2 126
Verband sog. Baubetriebe	1	27	1	50	3	18	1	49
Zusammen	151	995 22 170	137	945 20 380	152	1036 22 602	135	959 21 439
Insgesamt		23 165		21 325		23 638		22 398
Jeder Betrieb beschäftigt im Durchschnitt		7 155		7 148		7 152		7 158
Zusammen		162		155		159		165

Die Zahl der im Juli und August 1928 in den sozialen Baubetrieben Beschäftigten betrug 21 325 und 23 398 gegen 23 165 im Juli 1927 und 23 638 im August 1927. Im Juli 1928 ist die Zahl der Beschäftigten insgesamt und der Durchschnitt je Betrieb noch kleiner als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im August ist infolgedessen eine bedeutende Besserung eingetreten, als die Durchschnittszahl der Beschäftigten je Betrieb von 159 auf 165 gestiegen ist. Die Beschäftigungszahl vom August 1927 insgesamt ist dagegen noch nicht wieder eingetroffen. Der im August dieses Jahres erzielte Durchschnitt je Betrieb ist bisher noch nicht erreicht worden. Ueber die Beschäftigung im einzelnen unterrichtet die Aufstellung.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 22. Oktober 1928.

Bezirksverband	Anzahl der Baugewerk-schaften		Anzahl der Mitglieder		Anzahl der Arbeitslosen		Anzahl der Beschäftigten		Anzahl der Arbeitslosen		Anzahl der Beschäftigten		Anzahl der Arbeitslosen		Anzahl der Beschäftigten	
	insgesamt	beschäftigt	insgesamt	beschäftigt	insgesamt	beschäftigt	insgesamt	beschäftigt	insgesamt	beschäftigt	insgesamt	beschäftigt	insgesamt	beschäftigt	insgesamt	beschäftigt
Königsberg	7	7	15376	611	13	17	11	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Danzig	1	1	3433	84	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Stettin	64	64	14743	801	2	5	23	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Breslau	43	42	40398	677	18	13	71	10	3	4	12	49	1	25	4	2
Berlin	66	63	51147	477	3	10	41	2	218	84	2	2	1	14	1	5
Magdeburg	41	41	29074	686	9	1	6	19	7	2	2	2	5	1	5	1
Regensburg	41	41	19770	806	1	5	14	35	30	9	9	9	2	6	3	14
Frankfurt	17	17	35429	678	8	10	60	47	80	9	9	9	1	18	7	3
Höln	14	14	20388	684	3	10	60	47	80	9	9	9	1	18	7	3
Dortmund	14	14	24743	285	5	3	21	28	32	7	3	2	1	1	1	1
Hannover	47	47	26232	439	2	13	15	7	3	2	10	1	1	2	2	1
Bremen	28	28	15341	320	14	12	208	26	13	4	1	1	10	5	10	5
Hamburg	68	68	31279	794	14	12	208	26	13	4	1	1	10	5	10	5
Köln	60	60	7907	263	5	10	28	13	40	21	10	8	14	1	2	2
Münster	39	39	69860	600	16	2	4	21	67	3	22	8	3	2	2	2
München	29	29	10907	592	1	11	8	3	26	7	5	1	2	3	3	2
Stuttgart	33	33	15058	775	3	1	23	15	97	2	2	1	8	3	2	4
Katzenberg	16	16	10029	243	3	1	23	15	97	2	2	1	20	52	2	4
Flussgraben	10	10	16026	690	2	16	40	44	42	2	4	2	5	30	5	3
Zusammen	635	631	463160	10001	55	118	320	557	714	165	40	67	72	43	65	70
Zusammen vorige Woche	635	631	460375	9186	47	97	353	498	583	150	53	79	81	30	64	81



Für Heim und Familie



Fern im Süd das schöne Spanien . . .

Von Leha Leba.

Von Kämpfer („sekretario general“) hatte uns diesmal nach dem Lande der Toreros, Escuderos, der Barbieri von Sevilla und spanischen Weinstuben hinter spanische Wände gelockt. Er wollte uns einmal spanisch kommen und wir „delegato de Alemania“ sind ihm gefolgt in das Land, wo angeblich die Zitronen blühen . . .

So schnell allerdings kommt, du nicht ins Land Alfonso des Dreizehnten. Von der deutschen Grenze an gerechnet, hat man erst mal noch 2000 Kilometer auf der Bahn zu fahren. Das ist ein ganz anständiger Feßel Europa, den man da hinter sich legt. Zunächst quer durch Frankreich. An der Grenze wirft du grünelich auf „Cigaretten“ und „Sigaretten“ durchschläßt. Darauf haben es die Franzosen besonders abgesehen. Von ihrem Standpunkt aus mit Recht. Denn wer, wie es mir passiert ist, für einen Glimmstengel 14 Franken bezahlen muß, also 2,24 M., wird das nächste Mal jede Möglichkeit, deutsche Fünfzehner hinüberzujuggeln, reichlich ausnützen. Cigaretten sind meist Stinko-Minko von der Insel Verrecco . . .

Die französische zweite Klasse ist ein wenig gepostert, wie etwa ein einfacher Schreibstift — der erste Vorteil. Dann hast du im Speisewagen den billigen Wein, mit dem du den Veger über die Zweimarkrunderwanzig-Zigarre hinterpäulen kannst. Für 80 g einen feinen weißen Bordeauxwein — einfach knorke! Mir können hier die Abstinenzen leid tun; denn das Wasser ist im Speisewagen viel teurer . . .

Gut, daß Hugo Scheibel etwas „französisch“ kann. Er behauptet zwar, die Franzosen könnten (weil sie ihn immer „so groß“ ansehen) ihre eigene Sprache nicht verstehen, indesten mit Hilfe von etwas sächsisch und hamburgisch bekommen wir alles. Am schnellsten lernt jeder, was hier „merci“ (Dank!) heißt und „Silwublab“ (bitte!). Paris! Ochofodott! Ist denn hier alles melchugge? So ein Lärm, so ein Rabau. Man wird hier ganz überkandidelt vor lauter Gekschrei! Die Bekken sind dreimal so breit als bei uns, dafür ist aber die Zudecke dreifach dünner. Freund Wessely aus Wien meinte, bei dem Lärm könne er auch dreimal so laut schwärzen. Da wir zu dritt im Zimmer sind, hört jeder seinen Teil; da geht es schon. Aber in italienischen Restaurants, wo die Ausgewiesenen des großwahnsinnigen Mussolini verkehren. Ein Pinkus aus dem effest mit Raccaroni — so viel, daß man damit ein Kabel nach Neupork legen könnte. Und „Chianti“!

Ueber die sonstigen Sebenswürdigkeiten schreibe ich nicht, das könnt ihr im Wädeker besser nachlesen. Am andern Morgen Abfahrt vom „quai d'Orsay“. Zu uns gesellen sich die französischen Delegierten und die Leberleberin. Fräulein Brädelin. Gott, kann die französisch schwätzen, aber noch besser deutsch. Von jetzt an sind wir ihr unterstellt. Sie besorgt die Fahrkarten, das Essen, sie ist unsere jungfräuliche Mutter. Während die Geld zählt und kassiert, befehen wir uns Frankreich. Der Zug durchfährt Strecken, die ebensogut zwischen Kassel und Celle liegen könnten. Es herrscht hier Kultur, das zeigen die schmucken Dörfer. Die Jungfrau haben wir zwar nicht gesehen, aber ihre Heimat Orleans. Auf den Feldern die leichten französischen Karren, die so beweglich sind, überall von Pappeln eingefasste Straßen, die Bäume schwindlich in die Höhe geschossen. Das Ganze wird dadurch recht melancholisch gefaltet. Weinfelder in unerbörter Ausdehnung; sehr verkehrt der Betrachter, warum Frankreich so billigen Wein hat. Von der Trennung zwischen Kirche und Staat ist nicht viel zu merken, jedenfalls hat jede kleine Ortschaft ihre Miniaturkathedrale.

Der Zug raff durch Blois, Tours, Poitiers, Angouleme, weiter südwärts. Aber nun wird die Kultur dünner, Arbeiterwohnungen sehen wir hier, die zum Himmel sträuben. Aufeinander bekommen von unsern Willkürigen Kriegszuschätzungen die Arbeiter in Frankreich recht wenig zu sehen; das, was hier „Wohnung“ sein soll, ist schlamm. Mit Entsetzen denken wir noch an die tristen Quartiere von Bordeaux, der Stadt der bekannisten Weine. Endstberbergen neben Beobachtungsflugstützplätzen, wo das Grauen wohnt. Allerdings: im französischen Speisewagen merkst du nichts davon. Da werden fünf Gänge serviert, daß alles nur so schmeißt. Wie viele Schweißtropfen armer Bauern, Lagerarbeiter usw. mögen an einer Flasche Bordeaux kleben?

Freund Otto erzählt uns inzwischen von der „Gironde“, der Champagne, den Hugonotten (von denen er Blut in den Adern hat), von der französischen Revolution. Zwischen durch wird festgestellt, daß auch die Kameraden, die Wasser zum Essen getrunken haben, den andern ihren Wein mitbezahlen müssen, weil es eine gemeinsame Aufrechnung gibt. Da freut sich manch entmensliches Paar aus Frankreich und Belgien, nur die Redaktion des „Grundstein“ ist tief erschüttert. Am andern Tag gedachten sich dann einige zu rächen, da wurden jeder selbst seinen „Vino“ blechen. O Schicksal!

Nun sind wir in Hendaye. Hart am Meer. Finstere Nacht war es, als wir ankamen. Viele wollten vom Hotel aus das Meer sehen, andere es rauchen hören, eine dritte Gruppe Schiffe fahren beobachten.

Am andern Morgen setzt sich dann folgendes: Das Hotel liegt weit ab vom Golf de Biscaya, das Wasser rauchen war Feiß Paeplows Schnarchen, die fahrenden Schiffe Autos auf dem Wege nach St. Sebastian. Ja, was die Phantast machen kann!

Jetzt kommen wir endlich nach Spanien. Daß und Kofferrevision und als ersten Gruß vom lieben Alfonso Nachzahlung auf die Fahrkarte, weil der Zug nur founsoviel zweiter Klasse-Plätze hat. Der Vater Staat schreit

zum Fenster heraus: „Suplemento reargo“ und du legst noch 34 Pesetas hin, das sind 24 M., für die erste Klasse. Dritte zu fahren geht nicht, da du damit überhaupt nicht vorwärts kommst, zumal außerdem auf bestimmten Strecken bloß die erste Klasse fährt. Das ist staatliches Räuberwesen, wogegen du machtlos bist. Das kommt einem gleich spanisch vor. Und nun vorwärts nach Madrid.

Unter „Spanien“ denkt man an Apfelsinen, Feigen, schattige Kastanien, Zitronen, glutgüßige Mädchen. Aber lundenlang steht der Reisende nichts als Steine, Felsen, Efel, Dreck, arme Bauernhöfe mit ganz elenden Häusern, besser: Klüßchen aus Lehm. Hier muß der Bauarbeiter elend verhungern; denn lundenlang ist überhaupt nichts von Bauen zu merken. Die Dörfer so weit auseinander, daß der Schnellzug ein halbe Stunde braucht, ehe sich wieder so etwas wie ein Dorf zeigt. Die „Städte“ sind nicht besser. Am schönsten ist immer die Kathedrale; diese Bauwerke sind die einzigen, die sich abheben, höchstens noch hier und da eine Arena für Stierkämpfe, von denen aber die organisierte Arbeiterschaft mit Recht nichts wissen will. Jedenfalls wird man bei so einer Fahrt gewahr, daß die Dichter vielfach schwindeln. Da schwärmen sie von schattigen Kastanien in Spanien, tun dies aber nur von wegen dem Reim. Und wer nicht dort war, muß es eben glauben. Wahrheit ist, daß man von den Pyrenäen bis Madrid keine Kastanien sieht, nur da und dort dürftige Olivenbäume oder Pinien, sonst ödes, feineses Feld und trostlos kahle Felsenklumpen . . .

Welch einen Unterschied gegen das flache Land zeigt dagegen Madrid! Das ist wie Tag und Nacht. Hier in der Residenz ein Leben wie in London oder Neupork. Hier drängen sich Luxus, Eleganz und Reichtum zusammen, hierher fließt das Geld aus dem Lande für ein Heer von Polizei, Militär, den Hof und sonstigen unproduktiven Krimskrum.

„Stolz will ich den Spanier!“ Das ist keine Redensart, sondern Wirklichkeit. Die Mädels sind direkt der Gegenfuß zu ihren französischen Kolleginnen, sehr elegant, aber doch mit Grandezza. Eine gewisse Würde ist vorhanden, der Unterschied zwischen Paris und Madrid sehr auffallend. Die Männer sollen sehr eiserfüchtig sein, deshalb wohl sieht man so wenig alleingehende Mädchen. Es hat auch keinen Reiz, etwa mit der Freundin eines Stierkämpfers in Begehung zu treten. . . Ich warne Neugierige! Der Hausdiener im Volkshaus nimmt kein Trinkgeld. Er sagt: ich bekomme festes Gehalt; den Boten im Kongresspalast biete ich vergewiss etwas an, er erklärt: „Ich tue hier nichts als meine Pflicht!“

Seht, das ist Stolz, und dieser Grundzug findet sich oft. Natürlich nicht bei denen, die dienende Klassen sind, wie Kellner, Hotelbedienter usw. Aber das sind recht oft keine Spanier.

Ueber den Kongress ist an anderer Stelle berichtet, ich rede hier bloß Feuilleton, da muß ich noch etwas über die Stadt schreiben. Madrid hat prächtige Straßen. Es wird auch viel gebaut. 14- bis 17stöckige Häuser, jedenfalls viel mehr Amerika nachäffen. Die Preise sind höher als in Deutschland, vieles ist ja von daher. Lederwaren, Stahlwaren, Textilien, Schuhe kommen aus „Almania“. Also von vorteilhaft Einkaufen ist keine Rede. In den Warenhäusern viel minderwertiges Zeug, das nicht lockt. Von Dingen, die man etwa als besonders „spanisch“ bezeichnen könnte, nichts zu merken, ausgenommen die Bilder der Stierkämpfer. Unser Bedarf an Einkäufen war deshalb bald gedeckt, zumal man in Madrid eine deutsche Mark so schnell ausgibt, wie dabeim 50 g. Ich sagte schon: Man ahmt Amerika nach. So hat man ihm die Polizei nachgemacht. Sonst fehlt freilich noch viel. Aber in einigen Punkten, zum Beispiel der großartigen Post, sind sie uns schon voraus. Nicht in der Postbestellung, das hapert es, auch nicht im Telefonverkehr und im Bahnwesen. Da feiert die Privatwirtschaft noch Triumphe, hat man doch zum Beispiel das Telephon an eine amerikanische Firma verpachtet.

Die Zeitungen werden hier nicht in die Häuser gebracht, sondern jeder kauft sie auf der Straße für 10 Centesimi. Das Geschrei der Zeitungshändler ist ohrenbetäubend. Wo du gehst und stehst, toben, schreien, gestikulieren sie in allen Straßen, in allen Cafés, wo du auch immer bist. „La vo! La vo!“ Das verstaub dich bis nach Deutschland jurüde.

Die besseren Kreise verstehen zu essen. Unter fünf bis sechs Gängen tun sie es nicht, um so ärmer sind die unteren Volksschichten. So viele Bettler aller Art wie in Madrid sieht man selten. Sie lauern mit dir, bis du ihnen einen Obolus gegeben hast. An der Menge kann die Armut erraten werden, die kräftig in den Arbeitervierteln zur Schau kommt.

Wir haben sehr viel gesehen und gelernt. Es schadet nichts, wenn man sich unser Deutschland und zu mal von außen anleht; nicht, daß wir hurra schreien aber wir freuen uns doch, als der Zug wieder über die schwarzrotgoldene Grenze fuhr, weil wir beobachten konnten, was doch die Organisation uns gegeben hat in bezug auf höherer Anteilnahme der Arbeiter an allem, was Kultur heißt. Sowohl in der Frage der Wohnungen, wie der Lebenshaltung, der Kulturbedürfnisse und der Sozialpolitik.

Als mich der deutsche Postbeamte in Rehl fragte: „Saben Sie nichts zu vervollen?“ da konnte ich mit gutem Gewissen antworten, Nein, Herr Förster, das loht sich nicht. Er sah mich groß an — aber begriffen hat er es nicht.

„Och' besteife! Du kannst nichts.“ Ein kleines Erlebnis! Auf dem Bau. Wir sind im Giebel. In der Mitte ist ein Schornstein. Fünf Gesellen und ein Lehrling. Der Lehrling war bisher immer im Giebel beschäftigt worden. Er hatte nie eine Ecke gemauert.

Jetzt hoffte er bei dem Schornstein mitmauern zu dürfen. Ich sah, wie er sich an den Gesellen heranmachte und fragte, ob er am Schornstein mitmauern könne. Der Geselle brumnte etwas, was wohl eine Zustimmung war; denn ich sah den Lehrling freudestrahlend sein Gesicht nehmen und zum mittleren Falkkasten rücken. Und dann ging es gut bis zum Frühstück. Da auf einem Mal stimmte etwas nicht mehr. Der Geselle am Schornstein schimpfte fürchterlich, der Junge sah recht unglücklich drein und schließlich mußte er wieder an seine ursprüngliche Stelle im Giebel rücken. Warum? Er kannte den Verband im Schornsteinmauerwerk noch nicht. Er fand sich nicht so schnell zurecht. Der Geselle hatte einige Steine mehr angesehen als vordem, wo ein anderer Geselle an dem Schornstein mitgearbeitet hatte. Das war der Grund. Deshalb hatte der Lehrling keine Gelegenheit, das Mauern von Schornsteinen zu erkennen. Der Polier kümmerte sich überhaupt nicht um den Lehrling. Für ihn genügte es, daß der Lehrling morgens beim Aufstehen hier gerufen hatte. Alles andere überließ er dem Lehrling mit dem Namen Keller in seinem Betrieb zu haben.

Ein kleines Erlebnis war das. Wie oft mag es sich tagtäglich in Deutschland ereignen? Wie oft mögen Kollegen nicht daran denken, daß die Jugendkollegen von heute morgen nicht kämpfen sein sollen im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen? Wie oft könnte der Baulegitime einreisen oder der Kollege, der dem Lehrling am nächsten arbeitet und der weiß, um was es sich für uns handelt. Ich möchte jedem zurufen: „Denke daran, daß auch Du einmal Lehrling warst, denke daran, ob Du Deine Kinder so behandeln würdest, wie Du mitunter den Lehrling auf dem Bau behandelst, denke daran, ob Du Deinen eigenen Jungen so mangelhaft mit der Arbeit vertraut gemacht wissen willst, wie Du mitunter den Dir anvertrauten Lehrling behandelst. Denke alle daran, wenn Ihr auf dem Bau seid und Lehrlinge Euch anvertraut werden. Wir müssen uns des Nachwuchses annehmen. Es sind die künftigen Gesellen, die gut ausgebildet als Facharbeiter dem Unternehmer mit Nachdruck bei der Durchsetzung ihrer Rechte entgegenzutreten werden und die sich als Gemerkhändler mit dem in den Jugendabteilungen und auf dem Bau erlernten durchzusetzen vermögen. Lehrjahre sind keine Serrenjahre. Das sollen sie nicht sein. Knechtjahre sind es darum auch nicht. Der Lehrling muß als gleichberechtigter Kollege behandelt werden. Ihm ist Aufklärung, Rat und Unterstützung von jedem Bundeskollegen zu gewähren!“ Albert Holland.

„Der Große Brochhaus“ neu von A bis Z!

In den nächsten Tagen erscheint der erste Band des „Großen Brochhaus, Handbuch des Wissens in 20 Bänden“, 15. völlig neu bearbeitete Auflage von Brochhaus' Konversationslexikon. Seit langem erwartet, führt das Nachschlagewerk die hundertwunderschöne Tradition seines Verlages fort, dessen Name mit der Geschichte des deutschen Geisteslebens untrennlich verknüpft ist. Es erweitert aber zugleich den Kreis seiner Aufgaben gemäß den erhöhten Ansprüchen unserer Zeit, indem es nicht nur die über allen Parteien stehende objektive Auskunftstelle in allen Fragen des Wissens ist, sondern auch dem Menschen von heute als zuverlässiger Berater in allen praktischen Fragen des täglichen Lebens zur Seite stehen will. Gerade diese neue Eigenschaft wird den „Großen Brochhaus“ zu einem unentbehrlichen Ratgeber machen, für Familie und Beruf, für Arbeits- und Angelegenheiten, für jedermann in Stadt und Land. Aus einer Fülle neuer Ideen dürfte diese vielleicht die wichtigste sein. Später näheres hierüber. Heute einige Zahlen über die Neuenarbeit: Ueber 200 000 Stichwörter auf etwa 15 000 Seiten Text, etwa 16 000 Textabstände, rund 1500 neue und einfarbige Tafelsetze und Einlebebilder sowie 2100 meist doppelseitige bunte Karten und Stadtpläne vereinen sich zu einer umfassenden Darstellung des Weltbildes von heute. Es hat eines langen Weges von 120 Jahren bedurft, um den „Brochhaus“ zu dem zu machen, als was er heute unentbehrlich ist. Das größte volkstümliche deutsche Nachschlagewerk der Gegenwart. Die Entwicklung zeigt uns ein festes Aufwärts, ein nicht ermdendes Vorwärts — von den sechs schmalem Bänden der 1. Auflage bis zu den 20 dicken Bänden der neuesten.

Man vergegenwärtige sich einmal, welche Arbeit aufgewendet werden mußte, um dem „Brochhaus“ seine heutige Gestalt zu geben. 23 Redakteure — Akademiker — sind 10 Jahre lang, das Werk zu vollenden, das heißt es müssen rund 600 000 Stunden redaktioneller Arbeit geleistet werden. Mit andern Worten: ein Mensch würde 230 Jahre brauchen — den Arbeitszeit zu 8 Stunden gerechnet — um die Arbeit zu bewältigen. In dieser Zeit würde das Besprechungsmittel der Zukunft, das Raketenauto, bei einer Durchschnittsfundengeschwindigkeit von 200 Kilometer 3000 mal um die Erde fahren können! Dabei ist die Hauptarbeit, die Tätigkeit (jahren) mehr als 600 Mitarbeiter — jeweils erste Fachleute ihres Gebietes — die zahlenmäßig nicht zu erfassen wäre, überhaupt nicht berücksichtigt! Oder ein anderes Beispiel: Allein die auf den 450 Karten des „Großen Brochhaus“ enthaltenen durchschnittlich je 300 Namen zu durchschnittlich 11 Buchstaben mit durchschnittlich je 6 Strichen zu zeichnen, müßte ein Kartograph 8 100 000 Striche machen! Die Druckzeilen der 20 Bände aneinandergereiht ergeben schätzungsweise eine Länge von 1300 Kilometer, das heißt eine Entfernung von Königsberg bis Stralsburg oder von Hamburg bis Florenz. Mit dem Schnellzug würde man etwa 24 Stunden brauchen, an dieser Strecke entlang zu fahren. Für den Satz aller 20 Bände sind ungefähr 150 000 Satzstunden nötig, oder ein einzelner Setzer würde über 62 Jahre zu dieser Arbeit brauchen. „Der Große Brochhaus“ wird allen denen willkommen sein, die mit offenen Augen durch das Leben gehen. Der erste Band erscheint Ende Oktober, Band 11 voraussichtlich im März 1929, die weiteren Bände sollen in Abständen von etwa vier Monaten folgen. Wir werden unsere Leser über das Erscheinen auf dem laufenden halten.

Aus der Sozialgesetzgebung

In die Wartezeit von 3 Tagen für den Beginn der Arbeitslosenunterstützung nach § 110 Absatz 3 Nr. 1 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist der Tag der Arbeitslosmeldung einzurechnen. Dies gilt jedoch nicht, wenn sich der Arbeitslose noch am letzten Arbeitstage bereits arbeitslos meldet. — Auch Sonntage, die an den Anfang, in den Lauf oder an das Ende der Dreitagefrist des § 110 Absatz 3 Nr. 1 fallen, sind in die Frist einzurechnen. — Entscheidung des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung vom 8. Juni 1928 (IIa Ar. 120/28).

Der Kläger meldete sich am Freitag arbeitslos und beantragte Arbeitslosenunterstützung. Der Vorsitzende des Arbeitsamtes gewährte ihm die Unterstützung unter Zugrundelegung einer dreitägigen Wartezeit von Mittwoch an, rechnete also den Tag der Arbeitslosmeldung und den davorliegenden Sonntag nicht mit ein. Der Einspruch des Klägers stützt sich darauf, der Tag der Arbeitslosmeldung und der Sonntag seien mitzurechnen, und die Unterstützung stehe ihm daher bereits am Montag zu. Er wurde von dem Spruchauschuß des Arbeitsamtes zurückgewiesen, da die Wartezeit richtig berechnet sei. — Die Entscheidung des Senats beruht auf folgenden Gründen, die wir dem Reichsarbeitsblatt Nr. 30, Jahrgang 1928, entnehmen und auszugsweise wiedergeben: „Nach § 110 Absatz 3 Nr. 1 der Arbeitslosenversicherung ist der Tag der Arbeitslosmeldung und der Sonntag in die Wartezeit einzurechnen. Sie beträgt an sich nach § 110 Absatz 3 Nr. 1 volle 7 Tage, kann aber nach § 110 Absatz 3 Nr. 1 durch den Verwaltungsrat der Reichsanstalt bis auf 3 Tage abgekürzt werden. Letzterer Fall liegt hier vor. Straftatig ist dabei zweierlei, einmal weil der Anfang der Frist zu berechnen, und ferner, ob ein in ihren Lauf fallender Sonntag in sie einzurechnen ist. — Was zunächst den Beginn der Frist anbelangt, so ist in erster Linie zu prüfen, ob die von der Spruchkammer herangezogene Berechnungsweise nach § 124 Absatz 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 199 Absatz 2 Nr. 1 Absatz 1 des Reichsarbeitsgesetzes unter anderem vorfindet und die Arbeitslosenversicherung entsprechende Anwendung“ und § 124 Absatz 2 Nr. 1 bestimmt seinerseits über die Berechnung des Anfangstages einer Frist, richtet sich der Anfang einer Frist nach einem Ereignis oder Zeitpunkt, so beginnt die Frist mit dem Tage, der auf das Ereignis oder den Zeitpunkt folgt.“

Trotzdem ist im Gegenfall zur Spruchkammer die Anwendbarkeit des § 199 Absatz 2 Nr. 1 des Reichsarbeitsgesetzes auf die hier in Frage stehende Frist zu verneinen. Es bleibt sonach noch die Prüfung übrig, ob die Nichteinrechnung des Tages der Arbeitslosmeldung in die Wartezeit auch nicht eine Folge des in § 187 Absatz 2 Nr. 1 des Reichsarbeitsgesetzes enthaltenen allgemeinen Rechtsgrundgesetzes ist, der inhaltlich dem § 12 Absatz 2 Nr. 1 entspricht. Auch dies ist abzulehnen. Ist doch nicht einzusehen, warum dann auf einem konstruktiven Unweg schließlich doch inhaltlich der § 124 Absatz 2 Nr. 1 im Gewand des in § 187 Absatz 2 Nr. 1 stehenden allgemeinen Rechtsgrundgesetzes auch in die materielle Frist des § 110 Absatz 3 Nr. 1 Eingang finden sollte. Wenn das Gesetz im § 110 Absatz 3 Nr. 1 eine Wartezeit von mehreren Tagen für den Beginn der Arbeitslosenunterstützung vorschreibt und zum äußeren Ausgangspunkt für den Beginn der Frist die Arbeitslosmeldung nimmt, so will es offenbar nur bezwecken, daß diese Frist voll vor dem ersten Tag des Bezuges liegt. Dabei geht es davon aus, daß regelmäßig die Arbeitslosmeldung gleich am Tage nach Eintritt der Arbeitslosigkeit erfolgt wird. Hiernach besteht kein innerer Grund, diese Frist noch um einen weiteren Tag durch Auszahlung des Tages der Arbeitslosmeldung selbst zu verlängern und dadurch aus den 7 Tagen 8 Tage und im Falle des § 110 Absatz 2 Nr. 1 aus den 3 Tagen 4 Tage zu machen. Dies würde vielmehr über den eben angegebenen Grundgedanken der Frist ungerechtfertigt hinausgehen. Damit liegt zutage, daß die Berechnungsweise des § 187 Absatz 2 Nr. 1 des Reichsarbeitsgesetzes widerpricht und vielmehr in richtiger Anpassung an diesen Zweck der Tag der Arbeitslosmeldung (sogar in die Frist einzurechnen ist. Die hier vertretene Auslegung wird auch noch gestützt durch die ähnliche Rechtslage, die bei der Wartezeit für den Beginn des Krankengeldes in der Krankenversicherung nach § 182 Absatz 2 Nr. 1 des Reichsarbeitsgesetzes ebenfalls nach 3 Tagen gewährt, was das Gesetz zur Vereinfachung der in der älteren Fassung aufgetretenen Zweifel jetzt in die ausdrückliche Fassung gekleidet hat „vom vierten Krankentage an“. — Eine Einschränkung muß die Anwendung des Grundgesetzes aber erfahren, dann nämlich, wenn der Arbeitslose sich nach dem gleichen Tage, in dessen Lauf er seine Arbeitsstelle verlassen hat, arbeitslos gemeldet hat. In diesem besonderen Fall fällt also der Tag der Arbeitslosmeldung mit dem letzten Arbeitstage zusammen. Er ist daher für die Arbeitslosenunterstützung noch als Arbeitstag zu werten, noch nicht als erster Tag der Arbeitslosigkeit zu diesem die Arbeitslosmeldung ist in Wirklichkeit daher in diesem Falle nicht am ersten Tag der Arbeitslosigkeit, sondern am letzten Arbeitstag erfolgt. Da in diesem Falle die Arbeitslosigkeit erst mit dem folgenden Tag beginnt, ist also hier ausnahmsweise erst dieser Tag und nicht schon der Tag der Arbeitslosmeldung als erster Tag der Wartezeit des § 110 Absatz 3 Nr. 1 anzusehen. — Weiter ist die Frage gestellt, wie Sonntage bei Berechnung der Wartezeit des § 110 zu behandeln sind. Die Antwort ergibt sich nun unmittelbar aus dem oben dargelegten Grundgesetz. Denn da hiernach der Tag der Arbeitslosmeldung mit dem Tage der Arbeitslosmeldung beginnt, ohne daß es auf die Fristberechnungsvorschriften der §§ 124 ff. Reichsarbeitsgesetzes, § 187 ff. Reichsarbeitsgesetzes ankommt, ist es auch unerheblich, ob der erste oder letzte Tag der Wartezeit ein Sonntag ist oder ob sonst in die Wartezeit ein Sonntag fällt. Er wird in all diesen Fällen mitgerechnet. Die Unterbrechung der Wartezeit durch einen in die fallenden Sonntag wäre übrigens auch nach den §§ 24 ff. Reichsarbeitsgesetzes nicht gerechtfertigt.“

Weiterer Versicherung von Arbeitslosen in der Erntehäufigkeit. Eine Krankenkasse hatte an das Landesarbeitsamt Schießen die Anfrage gerichtet, ob aus Mitteln der Reichsanstalt Bei-

träge zur Erntehäufigkeit zu leisten sind, wenn diese höher sind als die Beiträge der zuständigen Krankenkasse. Der Präsident der Landesarbeitsämter Schießen hat der Krankenkasse daraufhin folgende Antwort erteilt: „Ich halte es für zweifelhaft, ob bei Weiterversicherung von Arbeitslosen in der bisherigen Erntehäufigkeit im Sinne des § 123 Reichsarbeitsgesetzes auch der Beitrag aus Mitteln der Reichsanstalt zu zahlen ist, um den die Beiträge zur Erntehäufigkeit höher sind als die Beiträge zu der nach § 121 Reichsarbeitsgesetzes zuständigen Krankenkasse, weil letztere einen niedrigeren Prozentsatz des Grundlohnes als Beitrag nicht erhebt. Während der Kommentar von Fischer es für zulässig hält, daß der Mehrbetrag von dem Arbeitsamt ebenfalls getragen wird (vergleiche Anmerkung 4 zu § 125), scheint der Kommentar von Weigert auf einem entgegengelegten Standpunkt zu stehen (vergleiche IV zu § 123). Der Wortlaut des § 123 Absatz 2 scheint in seinem ersten Teil die Mehrkosten nur dann dem Arbeitslosen selbst zu erlegen zu wollen, wenn er sich in einer höheren Mitschuldnerklasse oder Lohnstufe freiwillig weiter versichern will. Andererseits deutet der Nachsatz des § 123 Absatz 2 an, daß nur die Beiträge von der Reichsanstalt erfaßt werden, die sie nach § 119 zu leisten hätte. Bei dieser zweifelhafte Rechtslage kann ich mich nicht entschließen, für die Arbeitsämter des Landesarbeitsamtes Schießen eine einseitige Rechtsauslegung vorzuschreiben. Ich muß es Ihnen daher überlassen, die Angelegenheit entweder dem Herrn Präsidenten der Reichsanstalt unmittelbar zur Entscheidung vorzulegen, oder Ihre Dienststellen anzuschreiben, daß sie diese Frage im Spruchverfahren zur Entscheidung bringen.“ — Wie aus diesem Schreiben hervorgeht, ist die Frage durchaus noch strittig, ob die erhöhten Beiträge zur Erntehäufigkeit aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung zu zahlen sind. Es wäre dringend erwünscht, wenn dies bald generell geregelt würde.

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Gelpert sind in Zurechnung des Baugeschäfts Sörensen, in Delmenhorst die Bauhilfsarbeiter M. Mahler und in Segeberg die Firmen Meyer und Stuhmold. Gelpert sind die Abbrucharbeiten der Firma Holländer aus Uden auf der Pulverfabrik Troisdorf bei Bonn. Baugewerkschaft Emden: Gelpert sind die Firmen Pauk und Suememann in Dännebrok, Kr. Weener. (Zollbauamt) wegen Nichtzahlung der Tariflöhne.

Friedenler: Zugun nach Kolko ist fernzubalten **Häpfer:** In Zeil sind die Densgeschäfte Gustav Reumann, Gustav Föhrcke und Emil Böhme gelpert.

Stuttareute und Puger: In Weimar ist die Firma Scheibe gelpert.

Terrazzowarbeiter: Westreit wird in Halle.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Dresden. (Jugendleiterkonferenz.) Am 28. Oktober wurde in Dresden eine Jugendleiterkonferenz abgehalten. Vertreten waren 27 Baugewerkschaften durch 27 Abgeordnete. Der Bezirksverband durch den Kollegen Richter, der Bundesverband durch den Kollegen Pflasterer vertreten. — Pflasterer sprach über: „Wie gefallen uns unsere Bezirksjugendleiter in Freiberg behandelt. Die Mißstände wurden kritisiert; man erwartet bei künftigen Jugendtagen eine bessere Vorbereitung. Die Ausstellungen, an die sich eine Wertung und eine Auszeichnung der besten Arbeiter unter Berücksichtigung der sonstigen Jugendarbeit anschließen, sollen ausgebaut werden. Während des Bezirksjugendtages sollen für die Kollegen, die schon mehr mit unserem Bund vertraut sind, besondere Vorträge gehalten werden. — Anschließend berichteten die Jugendleiter von den Veranstaltungen ihrer Abteilungen. Ihre Berichte gaben wertvolle Winke für die Ausgestaltung der Zusammenkünfte. Pflasterer wies dann noch auf die nächsten Aufgaben in der Jugendarbeit hin. Wir müssen versuchen, auch in der Ausbildung mitzuwirken. Durch die Gesellenausbildung ist uns hierzu die Möglichkeit gegeben. Sowohl für die Maurer, als auch für die Töpfer und die Glaser. Schlechte Auszubildungsverhältnisse und das Fehlen einer übermäßig großen Zahl von Lehrlingen müssen unserer Zentrale mitgeteilt werden. Die Funktionsprüfung ist zu fördern. Der Reichsjugendleitung sind Aufschreiben von Jugendkollegen mitzuteilen, die sich für unsere Jugendarbeit interessieren. Aus den Reihen der Kollegen werden dann später die Teilnehmer für unsere Schulungswache herausgesucht werden. Nach der Juli-Konferenz sind hier noch über 1000 Lehrlinge zu organisieren. Unsere Arbeit ist wichtig für den Bund. Leisten wir sie darum mit Freude und mit aller Kraft!“

Aus den Baugewerkschaften

Hagenow. (Arge Zustand beider Hoch- und Tiefbaufirmen Kregler & Kampmann in Hagenow.) Wir trafen am 28. Oktober zu sechs Arbeitern an einer Betriebsführung und verlangten die Auszahlung des richtigen Lohnes, wobei ich dem Betriebsleiter erklärte, wenn dem nicht Folge geleistet würde, werde die Forderung beim Arbeitsgericht eingeklagt. Dazu wurde von dem Betriebsleiter erwidert, das sei nicht nötig, ich bekomme mein Geld auch so. Mein Geld habe ich bis zur Stunde noch nicht erhalten. Einem andern Arbeiter erwiderte der Betriebsleiter: „Wir können uns doch nicht ausmitten lassen.“ Nun sind wir weit davon entfernt, die Firma „auszumitteln“, aber eben wenig lieb mir geneigt, uns auf ungesessliche Art ausbeuten zu lassen. — Da auf der Baustelle in Hagenow Ausbeute wie Schweine, Himmel- und Hölleboden an der Tagesordnung sind, und nach Meinung der Betriebsleitung die Arbeiter nicht von Menschen, sondern durch Vieh ausgebeutet werden, ist es begrifflich, daß sich unter diesen Umständen ein ziemlicher Vorrat von Miß angeammelt hat.

Jeder Arbeiter, der sich zu den Menschen rechnet, wird von der Notwendigkeit einer Generalausmittlung auf der Baustelle Hagenow überzeugt sein. Ich hatte die „Fremde“ begangen, von Arbeiterrechten zu reden und war sogar so rüchlos, bei dem Betriebsleiter den Antrag auf Bildung eines Betriebsrats zu stellen. Dafür wurde ich entlassen. Da aber der Betriebsleiter zu feige ist, den wahren Entlassungsgrund zu nennen, hat er den Schachmeister Kühn veranlaßt, einen falschen Entlassungsgrund anzuführen. Ich fordere die Firma auf, mir Gelegenheit zu geben, darauf die Probe zu machen, daß ich Oberbauarbeiten mindestens ebenso gut ausführen kann wie der Betriebsführer, und zwar sogar ohne „Schienstreiber“. Dieser Beweis kann auch durch eine eidliche Aussage meiner früheren Firmen erbracht werden. Die Behauptung über den Grund zu meiner Entlassung erkläre ich daher als eine bewusste Lüge. — Am 30. Oktober überreichte ich dem Betriebsleiter eine schriftliche Aufforderung, zu einer Versammlung der Arbeiter zu erscheinen, deren Beschlüssen der Rat folgen. In den Augen der Öffentlichkeit aber ist die Firma und ihr Vertreter dann gerichtet. Aug. Schäfer. **Koblenz.** Unsere Baugewerkschaft hielt am 28. Oktober in Ehrenbreitstein ihre Vierteljahrs-Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Mendel des verstorbenen Kollegen Hüffmann an Frankfurt a. M., sowie der verstorbenen Kollegen unserer Baugewerkschaft. — Die Hauptkassa hatte einschließlich eines Kassenbestandes vom vorigen Vierteljahr eine Einnahme von 28.621,48 M. Die Hauptausgabenposten waren: In die Bundeskasse gezahlt: 13.822,45 M. Für Streiks wurden ausgegeben: 3334,45 M. an Arbeitslosen-, Kranken- und Sterbegeldunterstützung wurden insgesamt 4784,80 M. und an Invalidenunterstützung 278 M. ausgezahlt. Die Gesamtausgaben für die Bundeskasse betragen 23.879,15 M., so daß noch ein Rest von 4742,33 M. verbleibt. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 9930,64 M., die Ausgabe 9492,63 M., so daß ein Kassenbestand von 438,01 M. verbleibt. Aus dem Geschäftsbüchlein war zu ersehen, daß auch im 3. Vierteljahr die Arbeitslosigkeit groß war; wir hatten immer 600 bis 700 Arbeitslose. Trotzdem ist die Mitgliederzahl gestiegen. Im 2. Vierteljahr mußten 69 Klagen am Arbeitsgericht geführt werden mit einer Klagesumme in Höhe von 3640,52 M. In 19 Streitfällen mußte die Schlichtungskommission angerufen werden. Bei den Arbeitsämtern wurden die Kollegen in 9 Fällen vertreten. Differenzen an den Baustellen waren 7 zu erledigen, davon mußte eine durch Arbeitseinstellung zu unsern Gunsten beendet werden. — Nach eingehender Aussprache wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. — Nachdem darauf einige Urträge erledigt waren, wurde zur Verlängerung der Wartezeit für Bauarbeiter Stellung genommen. Mende berichtete darüber und teilte mit, daß wir unter Mitwirkung des Bundesvorstandes und der Bezirksleitung sofort zur Abwehr übergegangen seien. Eine Entschleunigung, in der mit Entfristung davon Kenntnis genommen wird, daß verschiedene Arbeitsämter die Verordnung vom 2. Dezember 1927, betreffend Wartezeit, wieder in Kraft gesetzt haben und in der gegen die Ausnahmestimmungen protestiert und ihre sofortige Befestigung verlangt wird, wurde einstimmig angenommen. Die Verammlung verlangt weiter die Einbeziehung des Baugewerbes und der Bimindultrie in die Krisenfürsorge. — Für die Kollegen der Bimindultrie wird am 11. November eine Konferenz abgehalten.

Tiffel. (Kaukemen.) Unsere Zahlstelle weihte am 7. Oktober ihr neues Banner. Die Feier hatte sich eines starken Besuches zu erfreuen. Kollege Buda hat die Weisherede. Der Arbeiter-Gesangverein Eintracht verlesene die Feier durch Vortragen kampfbereiter Chöre. Nach Ueberreichung einer stattlichen Anzahl Fahnennägel schloß sich ein Umzug durch den Ort an. Am Abend wurde ein Familienfest abgehalten, das verziert war durch Theater, Couplets und Gesangsbeiträge. Anschließend wurde getanzt. Nur allzufrüh mußten sich die Kollegen trennen, aber allen ist dieser Tag in lebendiger Erinnerung.

Brandis. Unser Baugewerkschaft veranstaltete am 27. Oktober wiederum eine Feier zur Ehrung ihrer Jubilare. Fast alle Kollegen mit ihren Angehörigen waren erschienen. Unser Vorsitzender Max Herrmann begrüßte die Anwesenden. Nachdem der Volkschor einen Chor getragen, hielt Kollege Lepnitz die Festansprache. Er freilich die mühevollen Kämpfe aus früheren Jahren, richtete Worte des Dankes an die Frauen, gedachte besonders der Jubilare und forderte die jüngeren Kollegen auf, den Jubilaren nachzuahmen. Dann überreichte Max Herrmann den Jubilaren die Ehrenurkunde; Kollege Oskar Dietrich dankte und der Volkschor brachte noch einige Lieder zum Vortrag. Auch unsere Jugendgruppe beteiligte sich an unserem Vergnügen, ein Jugendkollege sprach einen Prolog und unsere Jugendgruppe brachte lebende Bilder aus dem Bauberuf zur Aufführung, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Ein gemächliches Tanzchen hielt alle Teilnehmer noch lange festhalten. Die Feier hat bei allen Teilnehmern das Bewußtsein hinterlassen, einige erbelebende Stunden verlebt zu haben.

Aus den Fachgruppen

Glaser. Leipzig. Am 27. Oktober hielt unsere Fachgruppe eine gut besuchte Versammlung ab. Den Bericht von der Vertreterversammlung gab Hähnel. Die Verwaltung habe ihre Pflichten erfüllt. Weiter wurde hervorgehoben, daß die Glaserfachgruppe nach fünfjährigen Streik ihre Forderung bei der Innung durchdrücken konnte. Darauf gab der Fachgruppenobmann einen Bericht von der letzten Beitragszahlung. Der Bericht galt dem Grundstücksverkauf in Eilenburg für die dortigen Kollegen. Mit dem Erwerb des Grundstücks war man einverstanden. Weiter gab der Obmann bekannt, daß vom 2. November an eine Lohnzulage von 4 S je Stunde eintrete. Beschlossen wurde, allen Kollegen ein vervielfachtes Lohnabkommen durch die Hauskassierer zustellen zu lassen. Leider ist es uns noch nicht gelungen, die bei der Lehrlinge mit der Innung tarifliche Entschleunigungsfrage festzusetzen, trotz der Eingaben

des Gesellenausschusses an die Innung. Es wird Aufgabe des Gesellenausschusses sein, sich der Lehrlinge anzunehmen. Die nächste Versammlung wird am 24. November abgehalten.

Lief- und Straßenbauarbeiter.

Lebau. In unserer Versammlung am 27. Oktober wurde zunächst des an den Folgen eines Motorabfalls verstorbenen Kollegen Hermann Rudolph, gedacht. Sodann berichtete Spottke über seine bisherige Tätigkeit in einigen Bezirksverbänden unseres Bundes. Die Mitgliederzahl ist gestiegen, wenn auch verschiedene Schwierigkeiten zu überwinden waren. Bei den in diesem Jahr abgeschlossenen Tarifverträgen wurde eine den Verhältnissen entsprechende annehmbare Lohnzulage erzielt, auch konnte der Ablaufstermin entgegen den Forderungen der Unternehmer, die besonderen Wert auf Beendigung der Tarifverträge am Jahresende legten, auf den 31. März 1929 festgelegt werden. — Die Lehrlinge haben das Bestreben, daß ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie die Ferienfrage künftig mit im Tarifvertrag geregelt werden. — Unsere nächste Fachgruppenbezirksversammlung für Baugew., Lebau und Zittau soll Ende Januar oder Anfang Februar 1929 in Zittau abgehalten werden. Dort soll auch erneut zu den Tariffragen Stellung genommen werden.

Urberach in Hessen. Unsere Versammlung am 28. Oktober war nur leidlich gut besucht. Es muß dahingewirkt werden, daß künftig alle Kollegen an unsere Versammlungen teilnehmen, das fördert den Gemeinschaftsgeist. — Man hat gab einen Bericht über die Verhandlungen um den Abschluß von Tarifverträgen für den Landstraßenbau. In seinen Ausführungen wies er auf die Mißstände auf den Landstraßen hin sowie auf die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen. Die Unternehmer, die bisher bei Pflasterungen von Landstraßen ohne jede tarifliche Bindung ihre Kalkulationen machen konnten, können sich nicht so schnell mit einer tariflich geregelten Arbeitsweise abfinden. Aber auch unsere Kollegen haben bisher schwer gelitten. Glauben sie doch immer wieder, wenn auch der Preis auf den Landstraßen etwas niedriger ist, mit Hilfe der Menge einen Ausgleich schaffen zu können. Daß sich dies zum Schaden unserer gesamten Berufsgruppe auswirken muß, wird jetzt allmählich auch den Kollegen klar. — Der Lohn- und Akkordtarifvertrag für die Provinz Sachsen bürgt diesem jedenfalls die Gewähr, daß viele Mißstände abgestellt und unsere Kollegen bei Einhaltung der tariflichen Arbeitszeit immer noch solide Arbeit leisten können. — Nur damit können wir auch den Beweis antreten, daß das Kleinstloster auf den Landstraßen den Verkehrsbedingungen am besten entspricht. Es gilt nun, den Tarifvertrag auf alle Gebiete in Hessen-Nassau zu übertragen, um auch dort die Mißstände zu beseitigen. Dies können wir aber nur erreichen, wenn jeder sich der Pflicht seiner Organisation gegenüber bewußt ist. — In der Rücksprache wurde allgemein den Ausführungen zugestimmt.

Töpfer und Fliesenleger.

Thüringen. Bezirksrat für Ofen- u. Kachelwerk.) In der Lohnverhandlung am 31. Oktober zu Weimar wurde nach schwierigen Verhandlungen für alle Lohnklassen im Tarifgebiet eine Zulage von 3 1/2 % die Stunde erreicht. Es ergibt sich somit folgender Stundenlohnfuß: Lohnklasse I 1,33 M., Lohnklasse IIa 1,23 M., Lohnklasse II 1,18 M., Lohnklasse III 1,10 M. Der Akkordzuschlag erhöht sich von 140 auf 145 %. Diese Erhöhung bezieht sich nicht auf anlaufende Läden und Mehrzimmereinrichtungen, für diese bleibt es bei 140 %. Die Stundenlohn- und Akkordbeträge gelten vom 1. November 1928 an. Die Kollegen im Tarifgebiet haben darauf zu achten, daß die Löhne überall zur Durchführung gelangen. Im Differenzfall ist den zuständigen Organisationsstellen Mitteilung zu machen. Die Adresse unseres Tarif-Obermannes ist: Hugo Löbe, Ofen- u. Kachelwerk, Weimar, Bürgerhoffstraße 13.

Vom Bau.

Moskau. Baukontrollen im Bezirk Weißwasser — Moskau.) Im Sommerhalbjahr 1920 wurden insgesamt vier Baukontrollen durchgeführt. Wegen der sehr guten Beschäftigung fehlte es bei vielen Unternehmern an dem nötigen Rüstzeug, oder es wurde alles schon vorher Rüstzeug wieder gebraucht. Zu beobachten war, daß alle erst jüngst gegründeten Unternehmen sehr mangelhafte Geräte und Baubauern hatten. Fast scheint es, als ob von der Berufsgenossenschaft Kontrollen nur im Winter abgehalten würden. Denn würde eine richtige Kontrolle durchgeführt, dann könnten nicht die vielen Mängel vorhanden sein. — In 14 Fällen wurden über die Hand gemauert, ohne daß Fangerüste vorhanden waren. Abgedeckte Balkenlagen und Schußgeländer gab es auf 18 Bauten überhaupt nicht. Leitern, Rüststangen, Riegel und Bretter waren auf 12 Baustellen in mangelhafter, fast eigentlich hätte fällige, benutzt als Rüststangen. Der Unternehmer No 6 in der Moskauer Straße wurde ohne sie zu schützen, mit Anoren und grün. In 8 Fällen war nicht einmal eine Baubude vorhanden. In 3 Fällen war, daß das Dach der Baubude nicht richtig gedeckt worden war. Auf 2 Baustellen konnte kaum die Hälfte der Leute in die Baubude hinein, weil sie zu klein war. Die Dichtung der Baubuden fehlte in 16 Fällen. In 8 Baubuden waren nicht einmal Tische und Bänke vorhanden, in 14 Fällen waren auch Baustoffe untergebracht. Auf 24 Bauten war überhaupt kein Verbindung zu finden. Die Unfallverhütungsvorschriften fehlten in 24 Fällen. Auf 3 Bauten war nicht einmal ein Heft zu finden. Die Holzkarben einzusäuen oder zugucken hieß man nur in ganz seltenen Fällen für notwendig. Dies sind nur die krassen Mängel. Festzustellen ist noch, daß nur ein einziger Unternehmer bemüht ist, die Baunfallverhütungsvorschriften einzuhalten. Die schlechtesten Baustellen hinsichtlich der Unfallverhütung sind die des Bauunternehmers F. Schamer in der Köben. Trotz der vielen Mängel muß festgelegt werden, daß durch das Vorhandensein einer Bauarbeiterkommission schon vieles gebessert worden ist.

Tiffi, (Sächlicher Unfall.) Die Firma Wapß & Freitag baut auf der Kohlerei der Zellstoffabrik in Tiffi ein Stockwerk auf. Nachdem die Betonarbeiten hergestellt waren, ludte sie noch einige Maurer und stellte unter anderem auch unsern Kollegen Mich. Jurklics ein. Als er nun mittels Fußfuhs hochkommen war und über die Decke ging, geriet er infolge Unkenntnis an den 28 Meter tiefen Lichtschacht und stürzte in die Tiefe. Da in den einzelnen Etagen auch durch den Schacht Träger hindurchgehen, schlug er auf diese auf, fiel mit zerstückelten Gliedern auf die Sohle und war auf der Stelle tot. Nachdem der Unfall passiert war, wurde der Schacht abgeperrt. Es heißt, daß in der Woche vorher eine Abperrung angebracht gewesen ist, ob sie aber an dem fraglichen Morgen noch da war, scheint niemand genau zu wissen. Wäre die gefährliche Stelle abgeperrt gewesen, so hätte sich der traurige Unfall nicht ereignet können. — Wir können aber auch unsere eigenen Kollegen nicht ganz von Schuld erlösen. In ihrem eigenen Interesse hätten sie dafür Sorge tragen müssen, daß diese gefährlichen Stellen abgeperrt werden. Auch dieser Fall beweist zur Genüge die Notwendigkeit eines Arbeiterbautenkontrollers. — Unser Antrag auf Wiedereinstellung des abgebauten Kontrollers ist vom Magistrat mit der Begründung abgewiesen worden, daß von der Baupolizei für ausreichenden Schutz Sorge getragen wird. Die auf den Bauten herrschenden Mißstände möge dieser Unfall beweisen aber das Gegenteil! Unsere Forderung als Anstellung eines Kollegen als Bautenkontrollier wird wie bisher von uns mit allem Nachdruck vertreten werden.

Allgemeine Rundschau

Hermann Jaekel f. Am 2. November ist der Vorsitzende des Zertilarbeiterverbandes, Hermann Jaekel, einer langen schweren Krebskrankheit erlegen. Unter Jaekels Führung hat der Deutsche Zertilarbeiterverband sich eine gute Stellung innerhalb der Gewerkschaften erobert. In der internationalen Zertilarbeiterbewegung hat der Name Jaekel einen guten Klang. Jaekel ist am 20. Januar 1869 in Crimmitschau geboren. Er besuchte die Volksschule und später die Web- und Fortbildungsschule dortselbst. Er arbeitete vom 13. bis 16. Lebensjahre in Crimmitschau als Anseher und später als Weber; bereitete als Handwerksbursche ganz Deutschland. In Crimmitschau, wo frühzeitig stark politisches Leben pflanzte, wurde der geistig rege junge Jaekel zur Arbeiterbewegung hingezogen. Im Jahre 1885 trat er in den dortigen Arbeiterverein ein und entwickelte sich zum geistigen Führer der Crimmitschauer Arbeiterkräfte. Bald ging die Tätigkeit Jaekels weit über seinen Heimatkreis hinaus. Besonders im Vogland beachtete er einen schwierigen gewerkschaftlichen Boden. Es war ganz natürlich, daß durch diese Tätigkeit Jaekel sehr bald im Vordergrund der sächsischen Bewegung stand. Bevor der große Crimmitschauer Streik ausbrach, wurde Jaekel vom Hauptvorstand des Deutschen Zertilarbeiterverbandes zur Leitung der Crimmitschauer Bewegung berufen. Er war dann der Führer des großen gewaltigen Kampfes um den Zehntelfundtag in Crimmitschau. 1902 trat er in die Redaktion des „Sächsischen Volksblattes“ zu Zwicau ein. 1904 bis 1905 war er Redakteur der Ortskrankenkasse in Markneukirchen i. V. Im Jahre 1905 wurde er zum Gauleiter des Deutschen Zertilarbeiterverbandes in Hannover gewählt. Seit 1906 ist er Mitglied des Hauptvorstandes des Deutschen Zertilarbeiterverbandes. Von 1912 bis 1924 vertrat er den Reichstagswahlkreis Plauen-Oelsnitz. Vom Juli 1923 bis 1928 war er Mitglied des Vorstandes des WGB. und von 1921 bis Frühjahr 1922 finden wir ihn als Arbeitsminister im Freistaat Sachsen. Dem Staatsgerichtshof gehörte er als Mitglied an. — Jaekel trat der Organisation bei zu einer Zeit, wo noch Mut dazu gehörte für sie zu arbeiten. Es war ihm vergönnt, die Erfolge seiner Arbeit noch zu sehen. Der Deutsche Zertilarbeiter-Verband hat einen seiner Besten verloren. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Belebung der Bautätigkeit? Wie das Institut für Konjunkturforschung berichtet, haben sich in den letzten Monaten auf dem Baumarkt bemerkenswerte Veränderungen vollzogen. Während noch um die Jahresmitte Anzeichen für eine Verschlechterung vorlagen, machen sich neuerdings vom Wohnungsbau ausgehend Anzeichen für eine gewisse Belebung bemerkbar. Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen, die in früheren Jahren regelmäßig im Juni ihren Höhepunkt zu erreichen pflegte, fiel in diesem Jahre während des Juli und August in den Groß- und Mittelfstädten stark an. Sie habe in beiden Monaten sogar die Höhe des Vorjahres überschritten. Damit haben sich die Aussichten für die Entwicklung auf dem Baumarkt bis zum Jahresende wesentlich gebessert. — Bis Ende August dürften die dem Wohnungsbau seit Jahresbeginn zugelassenen langfristigen Kredite (Hypotheken und öffentliche Mittel) hinter dem entsprechenden Vorjahresbetrag um kaum mehr als 5 % zurückgeblieben sein. Da außerdem kurzfristige Zwischenkredite verhältnismäßig reichlich zu bekommen waren, dürfte trotz der erforderlichen Abdeckung hoher Zwischenkredite, die aus dem Vorjahre übernommen worden sind, auch der gesamte Finanzierungsbetrag für den Wohnungsbau dieses Jahres nur wenig hinter der Vorjahrssumme zurückbleiben. Hierbei sei freilich auch von Bedeutung, daß die Wodenkreditinstitute und Sparkassen befreit seien, einen ständig steigenden Anteil ihrer auf städtischen Grundbesitz gewährten Hypotheken als Wohnungsbauhypotheken zu erteilen. Uebereinstimmend damit sei nach der Zunahme der Baugenehmigungen in den letzten Monaten nunmehr mit einer gegenüber 1927 nur wenig noch um 5 bis 10 % geringeren Neubautätigkeit für Wohnungen zu rechnen, während entsprechend den bis Juni vorliegenden Zahlen angenommen werden mußte, daß sich die Bautätigkeit im Wohnungsbau gegenüber dem Jahre 1927 um 10 bis 15 % vermindern werde. Demgemäß sei auch die Zahl der im Jahre 1928 voraussichtlich fertigwerdenden Wohnungen — einschließlich des beim Jahresbeginn übernommenen ungewöhnlich hohen Bestandes an bereits im Vorjahre begonnenen Bauten — je nach dem Ausmaß der günstigen Mitterungsverhältnisse höher zu

veranschlagt, als dies noch vor einigen Monaten der Fall war. — Auch die gewerblichen Bauaufträge lassen eine beachtliche Widerstandsfähigkeit erkennen. Während Zahl und Wert der Aufträge im zweiten Vierteljahr gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres zurückgefallen waren, wurde seit Juli auch hier die Vorjahrshöhe wieder überschritten. — Die Baustoffindustrien halten bisher im ganzen etwa den gleichen Absatz aufzuweisen wie im Vorjahre. Ihre hohe Produktionsfähigkeit im ersten und auch noch im zweiten Vierteljahr habe trotz verhältnismäßig günstiger Absatzzahlen zu einem langsamen Anwachsen der Bestände geführt. — Deswegen sei die Beschäftigung in der Industrie der Steine und Erden im Gegenfalle zum Vorjahre bereits seit Juni wieder im Rückgang begriffen. — Diesen allzu optimistischen Feststellungen müssen wir leider unsern nicht unbegründeten Pessimismus entgegensetzen. Zwar ist die Arbeitslosigkeit noch nicht so groß, aber sie nimmt, wenn auch langsam, so doch regelmäßig zu. Außerdem kann auch der Zahl der Baugenehmigungen nicht eine so starke Bedeutung zugemessen werden, wie es das Institut für Konjunkturforschung tut. Die gleiche — unsere — Auffassung finden wir auch im „Berl. Tagbl.“ vertreten: „Die wirtschaftliche Lage des Baugewerbes wird deshalb als günstig hingestellt, weil die Zahl der Baugenehmigungen im August dieses Jahres gegenüber dem Vormonat sich weiter erhöht hat. Diese Schlussfolgerung entspricht nicht den Tatsachen. Von der Baugenehmigung bis zum Beginn des Baues ist oft ein weiter Weg, auf dem, besonders im vorigen Jahre infolge unachgemäßiger Kalkulation, sich dem Bauherrn so viele Widerstände entgegensetzten, daß ein großer Teil der Baugenehmigungen nicht zur Ausführung gelangen konnte. Nach vorläufiger Schätzung kann man behaupten, daß von 100 Baugenehmigungen etwa 25 %, im Höchstfalle nur 50 % zur Ausführung gelangen.“ Demzufolge ist der Wochenbericht des „Instituts für Konjunkturforschung“ nicht richtig. — Deswegen heißt es im „R. i. s. a. b. e. s. b. l. a. t.“ über die Gesamtlage: ... zum Teil erscheint eine wichtige Schlüsselindustrie, das Baugewerbe, mit den seit Jahresmitte ein wenig verbesserten Finanzierungsverhältnissen im September noch nahezu vollbeschäftigt, zumal die Zahl der Baugenehmigungen seit Juli besonders in den Großstädten und Mittelfstädten sich weiter erhöht hat. — Abgesehen von Baustofflieferungen, die diese Berichte wörtlich übernehmen, werden auch im letzten Wirtschaftsbericht der „Disconto-Gesellschaft“ ähnliche Ausführungen gemacht: „Dabei spielt die gute Aufnahmefähigkeit des Baumarktes eine besondere Rolle. In diesem Jahr die Stützung der Gesamtkonjunktur so überaus wichtigen Zweige ist eine Belebung in den letzten Monaten unverkennbar, und auch die Aussichten für die nächste Zeit sind eher gebessert, was in einer Zunahme der Zahl der erteilten Baugenehmigungen zum Ausdruck kommt.“ — Entgegen diesen Ausführungen schreibt der Einfander im „B.-Z.“: „Man darf, wie auch in der „Gr.-Berl. Bauzeitung“ in diesem Zusammenhang betont ist, auf keinen Fall als Maßstab die Baugenehmigungen anführen; die begonnenen Neubauten sind in diesem Falle als Konjunkturmesser anzusehen. Es ist zu wünschen, daß diesem Umfande mehr Rechnung getragen wird, damit die amtlichen und halbamtlichen Berichte über die wirtschaftliche Lage des Baugewerbes auch den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen.“ — Diesen Ausführungen möchten wir nur noch hinzufügen, daß diese und unsere Auffassung über die Lage im Baugewerbe bestätigt wurden durch Feststellungen und Betrachtungen, die wir und andere Beauftragte unseres Bundes anfänglich der im Oktober im ganzen Reich abgehaltenen Werberversammlungen gemacht haben.

Bücher und Schriften

Der Kampf um den Bund. Zusammengefasst von Cornelius Gellert. Bundesvorsitzender des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Verlag: Arbeiter-Turn- und Sportbund, Weipol. — Auch diese Prognose ist leider nicht allgemein. Die Bücher aller Zeiten und Völker weht der Duft der Blumen, atmen die Wälder, flüstern die Gräber. Aber noch keiner hat diese Blüten zu einem Strauß gebunden. Jetzt hat es u r t o f f e n e eine Waise und ein Gebirge, die als „Der Kampf um den Bund“ geordnet. Das Buch, das als Drei-Teil-Band, drei Hefchen, bei der Wäldergasse Gutenberg, Berlin SW. 61, Dreihimmelsstraße 5, erschienen ist, umfasst die Bücher aller untergegangener Kulturen. Dieser atlantische Welt-Roman ist ein Buch, das den arbeitenden Menschen ist das Buch, das ein Garten nach der Saat des Tages, ein ewiger Garten voll Schönheit und Glück. **Vertrauenswort.** Eine Studienreise durch Georgia und Armenien als Oberkommissar des Arbeiterbundes. Von Fritz Hofmann. 348 Seiten mit 45 Abbildungen und 3 Karten. Gebunden 14 M., in Leinen 16 M. Verlag: F. A. Brockhaus, Leipzig. Das Buch ist eine Vorlage gegen den Wittersturm und ein der besten vollen Werke, die seit langem erschienen sind, eines der besten der Welt. Die bei der Verlagerei Brockhaus in Leipzig seit veröffentlicht hat. Bei aller Gefühlsbetontheit ist es nie unmaßlich, zeigt vielmehr immer den klaren Kopf, der den Forscher Mann auszeichnet. Es folgt zu dem Autor der armenischen Arbeiterbewegung, der die armenische Arbeiterbewegung zwischen Land und Nation hin und wird so zum Wissenstanz für die Arbeit, die Sprache, Landwirtschaft, Industrie, Geographie, Kunst, Religion, Sprache, Landwirtschaft, Industrie, Geographie, Kultur, für die gesamte Arbeit eines ungenutzten Volkes. Dieser atlantische Welt-Roman ist das Leben, seine im Grunde so einfache und arbeitsame Natur verbindet ihm, am Schluss seines reichen Wertes in milder Melancholie zu verfallen. Nach hat er, in dem ich innerlich die befriedigende Einwirkung zu beten den Gedanken mit ihm Menschen mit stürmischer Energie verbunden, den Gedanken an das Licht nicht verloren. — Das armenische Volk wartet! **Die sozialen Organisationen und die Volkswirtschaft.** Von Dr. F. Pfeiffer. Eine sozialökonomische Studie über die Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeitergewerkschaften und Arbeiterverbände. Preis 6 M. Verlag: Carl Zschig, Verlagsgesellschaft, Leipzig. In unserer Zeit der Aufstiege alter Begriffe und der Verneinung in der geistlichen Volkswirtschaft sind nur ein interessantes, sondern auch sehr aktuelles Buch, das jeder Gewerkschafter, Wirtschaftler und Politiker kennen muß, um die sozialen Veränderungen unserer Zeit richtig zu erkennen und zu verstehen. Die soziale Volkswirtschaft ist ein Buch, das die Volkswirtschaft und Wirtschaftskunde. Verlagsgesellschaft des WGB, Berlin S. 14, Inselstraße 6. Diese wissenschaftliche Schrift ist der beste der wissenschaftlichen ist tolllos bemüht, ihre Leser über alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme im Innern und Auslande zu unterrichten. Sie ist für den Gewerkschafter unentbehrlich. Jedes Heft ist 64 Seiten stark. Das Vierteljahresabonnement beträgt 3 M. **Soziale Bauwirtschaft.** Bezugsgeld für Viertelheft 2,25 M. Preis für einzelne Nummern 90 Pf. Die deutsche Wirtschaft wird nur dann einen guten Ertrag bringen, wenn sie unter

Abrechnung jeder Schuldverpflichtung beste Qualitätsware auf den Markt und Außenmarkt bringt. Solche hochwertigen Erzeugnisse können aber nur durch harmonisches Zusammenwirken aller an der Herstellung beteiligten Kräfte erreicht werden. Die Betriebsleistungen und Beschäftigten müssen miteinander und nicht gegeneinander arbeiten. Der Herr-im-Haus-Standpunkt des Unternehmers muß zugunsten des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten aufgegeben werden. Das alles ist in feindschaftlicher, doch alle Befreiungen zur Verbesserung des absterbenden Industrieertrags durch Vervielfachung des Lohnes im Ausmaß, oder durch andere ähnliche Maßnahmen immer ungreifbarer werden. Die Arbeiterklasse wird sich diese Maßnahmen nicht bieten lassen und die Forderungen werden diesen, die gesamte Wirtschaft schädigenden Maßnahmen nicht unmaßig aufheben können. Im Bauwesen hat die Arbeiterklasse den Weg zur neuen Freiheit durch die Schaffung der Bauarbeiterbewegung bereits beschritten und in den Bauunternehmern die Arbeiter und Angestellten zu lebendiger Mitarbeit herangezogen. Wer sich mit diesen Fragen beschäftigt, findet für die Abklärung der Beziehungen an der Forderung der Bauarbeiter in dem oben erscheinenden Heft 21 der Sozialen Bauwirtschaft wertvolle Beiträge, die ausgangswise übergebene Arbeiterbewegung über eine Betriebsvereinbarung der Bauarbeiter in Hamburg, so zwei Beiträge von A. u. B. G. und A. u. B. über die Erziehung und Ausübung schulmännlicher Tätigkeiten und einen Bericht über die vorläufige Arbeit der Bauarbeiter in Württemberg. Auch die Kritik einer selbständigen Arbeit wird nicht gelockt. Im Gegensatz dazu, dem in Reichstag eingebrachten Antrag der deutschen Bauarbeiterpartei entgegenzusetzen, der für die Bauunternehmern die gleichen Steuerlasten und Auflagen wie für private Bauunternehmer verlangt. Nach dem Ergebnis einer Umfrage des Verbandes sozialer Bauunternehmer wird die im Jahre 1927 von den beteiligten Betrieben gegebene Steuerumlage mit 1.361.450,57 M. angegeben. Diese Zahl sollten sich alle merken, die immer noch von Steuerbegünstigung der sozialen Bauunternehmer reden. Das Heft enthält dann noch einen Aufsatz von Theodor S. über die Notwendigkeit der Wohnreform für die gewerkschaftliche Wohnungs- und Bauwirtschaft und auf Grund der letzten Gartenstadtplanung aus der Feder Adolf Dittos eine Abhandlung über die Frage Großstadtbau oder Großstadt? eine Frage, deren endgültige Beantwortung immer dringender wird. Es folgen dann noch kurze Berichte über die kommunalpolitischen Richtlinien der SPD, die Vorbereitung eines sozialen Wohnungsbauprogramms und mehrere wertvolle Hinweise auf neue gewerkschaftliche Bauvereinigungen.

BEKANNTMACHUNG DES BUNDESVORSTANDES

Vom 30. Oktober bis 5. November haben folgende Bauwerkstätten Oberelbe an der Hauptkasselerand: Albstadt 300 M, Althausen 340, Ahrensböck 200, Altleben 190, Angermünde 250, Aitzern 200, Almburg 120, Alfenburg 1400, Auerbach 200, Baugen 1000, Warmen 3000, Bernau 900, Braunsfelde 2000, Bohn 100, Bülow 200, Barth 300, Burg b. W. 1400, Bukow 250, Buzslau 97,75, Barntorf 181,50, Cottbus 1300, Cöthen 1400, Corbach 1657,89, Dettmold 1500, Dresden 20.000, Dessau 1000, Dransburg 127, Döbeln 600, Dünsberg 8000, Darmstadt 2000, Dortmund 4000, Eisenberg 300, Erbing 100, Elmshorn 1000, Eichwege 600, Eberswalde 650, Fanda 1200, Frankfurt am Main 20.000, Frankenstein 450, Finsterwalde 250, Falkenberg 22,50, Finkenwalde 1000, Freudenstadt 891,25, Gera 3000, Grimma 1000, Gronau 450, Großauß 300, Großsen 200, Guben 750, Goppingen 1150, Gröden 1000, Gießen 1250, Gelsenkirchen 2000, Großhörden 200, Granitz 1382,25, Grehren 302,65, Grotzky 7604,77, Gummersbach 200, Hannover 6500, Hagen 3104,26, Hildesheim 1100, Heilftadt 200, Halle 18,50, Herford 2000, Hof 200, Holzminde 350, Hamm 4706,76, Hannoverisch-Münden 155,30, Hamburg 15.000, Havel 3000, Königswusterhausen 1500, Kempten 400, Kahla

150, Eintracht 50.000, Leipzig 50.000, Eper 1500, Luckenwalde 1350, Cauenburg an der Elbe 400, Landsberg an der Warthe 2000, Gaby 255, Kötz 70,35, Limburg 900, Lüben 200, Labes 281,20, Mainz 1200, Marienberg 1000, Mühlhausen 350, Meißner 9,195, Mittelsaale 2000, Magdeburg 10.800, Mergentheim 9, Meßlen 3700, Minden 1100, Mühlheim 1418, Neuenhain 847,35, Nürnberg 10.000, Romas 800, Neustrelitz 500, Neubrandenburg 400, Neufuß an der Orla 300, Neudorf 150, Neukloster 50, Norderham 450, Naugard 250, Nordhausen 2000, Naumburg 445,50, Neufuß in Holstein 160, Osterode 700, Ostrositz 74,70, Oldenburg in Oldenburg 2, Orz 287,68, Pirna 3000, Potsdam 2000, Papehalk 250, Pörmont 600, Polzin 250, Pöschneck 500, Pappenheim 163, Daderborn 819,65, Rehben 70, Reußlingen 500, Rensdörfer 750, Rabel 300, Reinfeld 496,78, Seebrin 750, Schwarzenbek 183,20, Saarbrücken 2000, Senftenberg 1000, Schweinitz 1250, Spremberg 1000, Schleswig 500, Straßfurt 400, Schneidemühl 450, Schivelbein 350, Schwiebus 150, Seehausen 18,50, Strasburg 104,05, Stadtdendorf 814,45, Thale 600, Teflin 150, Verden 500, Weimar 1500, Würzburg 1000

Wer ernten will, muß säen!
Für die Woche vom 12. Nov. bis 18. Nov. ist der 46. Bundesbeitrag für 1928 zu zahlen.

Wijnen an der Aller 250, Wsh 250, Wittenburg 100, Wittingen 80, Waren 300, Wiesbaden 3000, Wismar 260, Wittenberg (Halle) 999,50, Zielentz 350, Corbach von hingenandter Streikunterstützung zurück 112,60.
Kalefeld: Altleben 12 M, Bernau 36, Brandenburg 210, Cuxhaven 90, Deutsch-Rasselwitz 30, Düren 24, Elbing 210, Eichwege 180, Falkenberg 3, Freiburg im Breisgau 180, Wandersheim 60, Gehren 9, Goppingen 120, Goslar 168, Gotha 120, Großhörden 18, Hildesheim 72, Jüterbog 60, Kalfeld 18, Kempten 42, Königswusterhausen 30, Lauburg an der Elbe 12, Meißner 120, Offenbach 84, Pirna 240, Reddinghausen 90, Rehben 12, Saganau 12, Schwarzenbek 6, Schwiebus 15, Seehausen 18, Senftenberg 120, Staßfurt 18, Streblen 24, Sulzbach b. Teflin 15, Verden 15, Wernigerode 15, Wittingen 9, Zielentz 12.
Protokolle: Klosterlausitz 5,40 M, Ostrositz 6,20, Streblen 12,60.
Bauhilfen: Angermünde 3 M, Elbing 37,50, Golsen 6, Potsdam 30, Reddinghausen 75, Regensburg 9,90, Seehausen 1,50.
Märchenmappen: Hildesheim 3,75 M, Verden 3.
Verchiedene Schriften: Angermünde 6 M, Hildesheim 10, Neubukow 2, Ostrositz — 30, Wernigerode 4.
Bundesabgaben: Angermünde 4,80 M, Annaberg 25, Altleben 2,50, Berlin 50, Brandenburg 12,50, Burgun 2,50, Deutsch-Rasselwitz 52,80, Dresden 25, Freiburg im Breisgau 15, Grotzky 25, Hannoverisch-Münden 12, Meißner 12,50, Nürnberg an der Saale 5, Offenbach 22,50, Daderborn 6, Pappenheim 7,20, Potsdam 12,50, Reddinghausen 12,50, Regensburg 13,25, Schwarzenbek 10,80, Senftenberg 36.
Bausen: Guben 5 M, Leipzig 60, Nürnberg an der Saale 10, Ostrositz 2, Reddinghausen 5, Sagan 7, Woldenberg — 50.

Gedenktafel verstorbenen Mitglieder.

Bayreuth. Georg Walter, Maurer, 54 Jahre alt. (Verneck.) August Röthel, Hilfsarbeiter, 53 Jahre. Bodwisch. Kurt Scheibe, Maurer, 24 Jahre alt. Celle. Heinrich Lübring, Maurer, 35 Jahre alt. Gottthelf Peitzner, Maurer 39 Jahre alt. Coburg. Joh. Escher, Hilfsarbeiter, 55 Jahre alt. (Langenbrück.) Emil Hempel, Maurer, 55 Jahre. (Eulfschlag.) Reinhard Renkowitz, Maurer, 66 J. Eisenberg i. Th. Tranggott Dath, Maurer, 77 Jahre. Gustav Böhm, Maurer, 61 Jahre alt. Elbing. Fritz Rebitzke, Hilfsarbeiter, 39 Jahre alt. Erfurt. W. Kämmer, Tiefbauarbeiter, 59 Jahre alt. Frankfurt a. M. (Soffenheim.) J. Kinkel, Maur., 36 J. Grimma. Otto Kunze, Maurer. Hamburg. Heinrich Vick, Maurer, 49 Jahre alt. Jarmeln. Karl Hecht, 47 Jahre. Hannover. Josef Schmidt, Maurer, 52 Jahre alt. (Müßburg.) Karl Oys, Hilfsarbeiter, 30 Jahre alt. Karlsruhe. (Bermersbach.) B. Barth, Hilfsarb., 65 J. Kiel. Christian Dose, Hilfsarbeiter, 64 Jahre alt. Leipzig. Hermann Jähner, Maurer-Polier, 59 J. Menden. (Obergeiling.) J. Brückl, Galbdenp. 71 J. (Zu.) Josef Neubauer, Maurer, 58 Jahre alt. Mies. Willi Dorsmüller, Maurer, 21 Jahre alt. Oepeln. (Donesch.) Anton Weidner, Maurer, 62 J. Stuttgart. (Rohr.) Christian Bläns, Maurer, 56 J. Wadelin Joos, Maurer, 76 Jahre alt. (Solanden.) Hermann Pommer, Fliesenleger, 59 J. Wiesbaden. (Hefloch.) Ph. Rühl, Maurer, 52 Jahre. **Ehrendem Andenken!**

Geschäftsführer geehrt! Die Bauwerkstätten Müßburg haben einen Geschäftsführer. Die Bewerber müssen mindestens 19 Jahre alt sein und Mitglied des Bundes oder eines seiner Vorläufer sein. Eingehende Kenntnisse der organisatorischen Einrichtungen des Bundes, der sozialpolitischen Gesetzgebung und der tariflichen Bestimmungen im Bau- und in den Baugewerkschaften sowie rechnerische Begabung sind Voraussetzung. Bewerbungen sind unter Angabe des Lebenslaufes und der bisherigen Tätigkeit in drei Exemplaren handschriftlich bis zum 1. Dezember 1928 mit der Aufschrift: "Bewerbung an den Bundesvorstand Hermann Fußmann, Dortmund, Felsingstraße 22, einzuheften. Auswärtige Bewerber machen wir auf die schwierigen Wohnungsverhältnisse aufmerksam.

Geschäftsführer geehrt! Die Bauwerkstätten Wittenberge haben einen Geschäftsführer. Die Bewerber müssen mindestens 19 Jahre alt sein und Mitglied des Bundes oder eines seiner Vorläufer sein. Eingehende Kenntnisse der organisatorischen Einrichtungen des Bundes, der sozialpolitischen Gesetzgebung und der tariflichen Bestimmungen im Bau- und in den Baugewerkschaften sowie rechnerische Begabung sind Voraussetzung. Bewerbungen sind unter Angabe des Lebenslaufes und der bisherigen Tätigkeit in drei Exemplaren handschriftlich bis zum 1. Dezember 1928 mit der Aufschrift: "Bewerbung an den Bundesvorstand Hermann Fußmann, Dortmund, Felsingstraße 22, einzuheften. Auswärtige Bewerber machen wir auf die schwierigen Wohnungsverhältnisse aufmerksam.

Otto Wenzel, freier Maurer, geboren 23. Juni 1906 in Wittenberg, hat sich zum Mitglied der Bauwerkstätten Müßburg erklärt. Er hat seinen Aufnahmepapier mitgegeben. Bauwerkstätten Leipzig, Felsingstraße 22, 3. Etage.
Berlag: Deutscher Bauwerkstättenbund (Ritkowski, Bernburg). Schriftleiter: Willi Schmidt. Verlagsort: Müßburg. Drucker: Paul Lange, Berlin SW 11. Druck: Neudruck, Hamburg.

Die Schallplatten des Arbeitersängerbundes

nur auf

Homocord-Electro

Bezugsquellen weist nach **Homophon-Company** Berlin SW 68

DIE SAUERSTOFF-ZAHNPASTA

BIOX

BIOX ULTRA STARK SCHÄUMEND
Kleine Tube 50 Pfg.

Berufs- u. Sportbekleidung, isländische Marke „Nordland“, „Eisbär“ und „Moskau“ vorrätig.
Preisliste gratis.
Mechanische Klotterfabrik **Versand. Fritz Ulrich** Altona-Elbe 7, Gustavstr. 58-60.

Neue Gänsefedern

wie sie von der Gans fallen, dieselben doppelt gereinigt, das Pfund 3.- u. 3,60; Halbdaunen, gereinigt, 5.-; 4. Daunen 6,75; Volldaunen 9.-, 10,50, Gerissene Federn mit Daunen, gereinigt, 3,50, 4.-, 5.-, 6,75, 12, 7,50. Garantie für reelle staubfreie Ware, von 5 Pfd. an portofrei.
Johannes Wöhrich, Neutreibbin (Oderbruch).

Rebor Glas-Weißbaumstumpf

kaufen, verlangen Sie erst die besten farbigen Glas-Weißbaumstümpfe 1928. Sie werden erstaunt sein, wie Sie für wenig Geld Ihren Glanz in sauberster Wäschebrust erhalten lassen können. Karton à 12 Stück schon von 32 s. an.
Theodor Müller-Hipper, Lauscha (Thürw.) N. 154

Größte Produktion der Welt!

OPHEL

Best das „Bauwerk“

MUSIKINSTRUMENTE KATALOG GRATIS. RATENKONSUMLENZ.

Direkter SPEZCHAPPARATE
Bezug ab Fabrik HARMONIKAS
bezw. Spezialgeschäft

MEINEL & HEROLD, KLINGENTHAL Nr. 163
20000 DANKSCHREIBEN 2. BESTRICHTE NIEDRIGE PREISE.

Unsere neuen Sprechmaschinen

stellen bezüglich der Tonfülle und Wiedergabe sowie des Preises alles Dagewesene in den Schatten.
Der Besitz einer Sprechmaschine bietet dem Rundfunk gegenüber viele Annehmlichkeiten. Es macht die Teilnahme von den Programmen der Sendestationen und ermöglicht eigene Wahl der zum Vortrag bestimmten Stücke.
Wollen Sie sich einen technisch vollkommenen Apparat anschaffen, so verlangen Sie bitte unseren reichhaltigen Katalog gratis und franko.
Fahrradhaus Frischau
Offenbach am Main.
Eigentum des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“

Diese Uhr 24-St. Zifferbl. In Ankerwerk, m. ver. Ränd., sow. g. Kaval. Letzt. m. 24-jähr. Schriftl. Gar. f. a. z. 6,50 Mk. Erwin R. Berthold Halle a. S. 21.

Musik-Instrumente für Orchester, Schule u. Haus. Großer Katalog unsonst. Teilzahlung gestattet.
Wax Dürfel, Klingenthal i. S., Nr. 37.

Wilhelm Pahr

lezt: Berlin, Brunnenstraße 78

